



22

V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG - HOLSTEIN

19. Jahrgang · Heft 10

Oktober 1967

Grafik des Monats: Wirtschaftliche Entwicklung

Aufsätze: Abiturienten - gestern und morgen
Landtagswahl - regionale Ergebnisse
Vieh- und Fleischwirtschaft
Baufertigstellungen 1966

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

ANTEILE DER WIRTSCHAFTSBEREICHE AM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1966	1967	Veränderung in %
		Monatsdurchschnitt März bis Juli ¹		
INDUSTRIE (ohne Energie und Bau)				
Produktionsindex	1958 = 100	143	142	- 0
Beschäftigte ²	1 000	179	170	- 5
Umsatz ^{2 3}	Mill. DM	777	806	+ 4
Geleistete Arbeiterstunden ^{2 4}	Mill. Std.	23	21	- 7
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT				
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	10,4	p 8,9	- 14
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	2 742	2 586	- 6
HANDEL				
Ausfuhr	Mill. DM	145,9	128,3	- 12
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	93,9	108,0	+ 15
VERKEHR				
Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	6 562	5 759	- 12
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)				
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962 = 100	109,3	105,5	- 3
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958 = 100	108,2	103,6	- 4
Erzeugerpreise				
industrieller Produkte	1962 = 100	106,1	104,8	- 1
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63 = 100	113,8	105,7	- 7
Lebenshaltung ⁵				
insgesamt	1962 = 100	112,9	114,7	+ 2
Ernährung	1962 = 100	112,8	113,2	+ 0
GELD UND KREDIT				
Bestand an				
kurzfristigen Krediten ⁶	Mill. DM	2 129	2 197	+ 3
mittel- und langfristigen Krediten ⁷	Mill. DM	6 466	7 037	+ 9
Spareinlagen ⁸	Mill. DM	3 330	3 814	+ 15
STEUERAUFKOMMEN				
Umsatzsteuer ⁹	Mill. DM	54	53	- 2
Landessteuern ¹⁰	Mill. DM	83	88	+ 6
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	54	55	+ 3
Lohnsteuer	Mill. DM	39	40	+ 3

1) bei "Geld und Kredit": Februar bis Juni

2) in Betrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten

3) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 4) einschl. Lehrlingsstunden 5) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalt mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach Verbrauchsverhältnissen von 1962 6) an die Nichtbankenkundschaft 7) an die Nichtbankenkundschaft; einschl. durchlaufender Kredite 8) Bestand am Monatsende 9) einschl. Umsatzausgleichsteuer 10) einschl. Landesanteil an den Einkommensteuern

INHALT 10/67

	Seite
Aktuelle Auslese	217
Aus dem Inhalt	218
Aufsätze	
Abiturienten - gestern und morgen	219-222
Regionale Ergebnisse der Landtagswahl 1967 und früherer Landtagswahlen	223-230
Die Vieh- und Fleischwirtschaft	230-235
Die Baufertigstellungen im Jahre 1966	236-240
Grafik des Monats	228-229
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B - Industrie - 3. Umschlagseite	

● Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 5/1967

Bruttoinlandsprodukt 1950—1965
Volksschule von gestern bis heute
Ernten 1966
Preise im Gastgewerbe 1965
Brände 1966

Heft 6/1967

Landtagswahl 1967
Schichtung der Lohnsteuerpflichtigen
Viehbestände 1966
Bruttoinlandsprodukt der Landwirtschaft
Spitzengehälter 1965
Handwerk 1966/67

Heft 7/1967

Landtagswahl, Alter und Geschlecht
Blumen- und Zierpflanzenanbau
Öffentliche Wasserwirtschaft
Kriegsopferfürsorge

Heft 8/1967

100 Jahre Kreise
Ehescheidungen
Weinbestände 1962—1966
Preisindex für Agrarprodukte

Heft 9/1967

Strafurteile 1965
Ausfuhr 1964—1966
Preise von Agrarprodukten
Wohnverhältnisse der Vertriebenen
Kriegsopferversorgung
Schlepper



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

19. Jahrgang · Heft 10

Oktober 1967

Aktuelle Auslese



Maschinenbau wieder expansiv?

In den ersten sieben Monaten des Jahres 1967 beliefen sich die Umsätze im schleswig-holsteinischen Maschinenbau, wo überwiegend Investitionsgüter hergestellt werden, auf 551 Mill. DM. Das sind gut 30 Mill. DM (6 %) mehr als im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres. Im Bundesgebiet war die Entwicklung weniger günstig. Die Umsätze lagen dort im 1. Halbjahr 1967 um etwa 5 % niedriger als 1966.

Industrieentwicklung in Schleswig-Holstein lebhafter als im Bund

Während im Bundesgebiet die Industrieumsätze im 1. Halbjahr 1967 um nahezu 5 % unter dem entsprechenden Vorjahreswert lagen, konnte die schleswig-holsteinische Industrie ihre Umsatzleistung um fast 5 % steigern. Eine wichtige Stütze für die Industrie waren sowohl im Bundesgebiet (+ 9 %) als auch in Schleswig-Holstein (+ 7 %) die Lieferungen der Industrie an das Ausland.



Hohe Exportquote

In den zwölf Monaten August 1966 bis Juli 1967 wurden aus Schleswig-Holstein Güter im Werte von 1,62 Mrd. DM ausgeführt. Gegenüber dem vergleichbaren Zeitraum 1965/66 hat der Export um 6 % zugenommen. Wird der Export von Schiffen aus diesem

Vergleich herausgenommen, so stieg der Ausfuhrwert sogar um 15 % auf 1,27 Mrd. DM.



Zuwachsrate des Pkw-Bestandes kleiner geworden

Am 1. Juli 1967 gab es nach den Unterlagen des Kraftfahrt-Bundesamtes in Schleswig-Holstein 451 000 Personenkraftwagen. Gegenüber Anfang 1967 erhöhte sich der Bestand um rd. 15 000 Fahrzeuge (+ 3 %). Damit hat sich die Zuwachsrate des Pkw-Bestandes erheblich abgeschwächt. Im 1. Halbjahr 1965 und 1966 hatte die Zunahme noch jeweils 8 % betragen.



Filmbesuch weiterhin rückläufig

Nach Angaben der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft e. V. gehen die Einwohner des Bundesgebietes heute durchschnittlich fünfmal im Jahr ins Kino.

	Jährliche Filmbesuche je Einwohner in den Jahren			
	1959	1963	1965	1966
Kiel	13,6	6,7	5,7	4,8
Lübeck	12,4	6,6	5,8	5,2
Bundesgebiet	12,1	6,5	5,4	...

Aus dem Inhalt

Abiturienten - gestern und morgen

Seite 219

In Schleswig-Holstein erreichen heute gut 7 % der Jugendlichen eines Geburtsjahres das Abitur. Das bedeutet, daß seit 1960 jeder Abiturienten-Jahrgang zwischen 2 000 und 2 600 Abiturienten umfaßt, je nachdem wie stark die einzelnen Geburtsjahre besetzt waren. Die "demographische Komponente" ist aber nur eine von mehreren Komponenten, die die Abiturientenzahl beeinflussen und vor allem in Zukunft beeinflussen werden. Bei der langfristigen Vorausschätzung der Abiturientenzahl mußten daher neben der Bevölkerungsentwicklung noch andere Faktoren, und zwar die Übergänge auf Gymnasien, die Bewegungen innerhalb der Gymnasien und die Abgänge aus Gymnasien berücksichtigt werden. Die umfangreichen Berechnungen haben ergeben, daß sich die Zahl der Abiturienten in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre gegenüber heute verdoppeln und in den achtziger Jahren verdreifachen wird. Es ist damit zu rechnen, daß Anfang der achtziger Jahre 16 % der Jugendlichen eines Geburtsjahrganges ihre Hochschulreife an einem Gymnasium erhalten werden. Die beachtliche Zunahme kommt dadurch zustande, daß die wesentlichen Faktoren sich alle in gleicher Weise und kumulativ in die Richtung auf steigende Abiturientenzahlen verändert haben oder verändern werden: die Bevölkerung im Alter von 19 und 20 Jahren nimmt - langfristig gesehen - zu, die Übergangsquoten stiegen in den letzten Jahren an und der Anteil der vorzeitigen Abgänger sinkt.

Seite 223

Landtagswahl - regionale Ergebnisse

Bei allen Landtagswahlen kann man zwischen solchen Kreisen - gemeint sind hier die politischen Kreise und nicht die Wahlkreise - unterscheiden, deren Einwohner großes Interesse an der Wahl haben und solchen, deren Einwohner desinteressiert sind. Die Kreise Plön und Eutin können den Anspruch erheben, die wahlfreudigsten zu sein. Sie nehmen seit 1950 immer die ersten Plätze ein. Die Einwohner des Kreises Südtondern sind seit 1954 unangefochten die wahlmüdesten. Aber auch die Kreise Husum und Eiderstedt befinden sich ebenfalls fast immer in der Schlußgruppe der desinteressierten Wähler.

Die CDU stellte bei der Landtagswahl 1967 in allen 17 Kreisen und in zwei kreisfreien Städten die stärkste Partei. Bei der ersten Landtagswahl im Jahre 1947 sah das Bild völlig anders aus. Damals war die SPD noch in 13 Kreisen und drei kreisfreien Städten erfolgreich gewesen und die CDU in vier Kreisen. Der Umschwung zugunsten der CDU setzte schon im Jahre 1950 ein.

Bei den beiden großen Parteien läßt sich bereits 1954 die heute eindeutige Tendenz feststellen, daß die Anteile der SPD mit wachsender Gemeindegrößenklasse steigen und die Anteile der CDU umgekehrt mit wachsender Größenklasse fallen.

Vieh- und Fleischwirtschaft

Seite 230

Die Verkaufserlöse der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins stammen zu 80 % aus Verkäufen tierischer Veredelungsprodukte. Die zunehmende Bedeutung der Veredelungsprodukte zeigt sich in der Entwicklung der Viehbestände und der Fleischerzeugung. Die Entwicklung der Viehbestände zeigt eine beträchtliche Zunahme der für die erwerbsmäßige Fleischproduktion in Frage kommenden Tierarten (Rinder, Schweine, Hühner, Enten) sowie einen bemerkenswerten Rückgang der Zugtiere (Pferde) und der für die Selbstversorgung mit Veredelungsprodukten bedeutsamen Tierart (Ziegen). Die Fleischproduktion in Schleswig-Holstein errechnet sich aus der Zahl der Schlachtungen in Schleswig-Holstein erzeugter Schlachttiere zuzüglich der übergebietlichen Lieferungen an Lebendvieh nach Hamburg und in die anderen Bundesländer. Diese Landesfleischleistung ist in dem Jahrzehnt von 1956/57 bis 1965/66 um fast 50 % gestiegen. Die Zunahme beruht auf der Ausdehnung der Rindfleisch-, Schweinefleisch- und der Geflügelfleischproduktion. Durch die Tatsache, daß Schleswig-Holstein eine hohe Eigenproduktion hat und als "Transitland" für Fleisch anzusehen ist, spielen die übergebietlichen Lieferungen, d. h. die Lieferungen von Lebendvieh und Fleisch in andere Bundesländer, eine große Rolle. In den letzten Jahren ist zwar der Lebendviehversand zurückgegangen, der Versand an Fleisch und Fleischwaren ist aber kräftig gestiegen.

Baufertigstellungen 1966

Seite 236

Im Jahre 1966 wurden in Schleswig-Holstein rund 28 600 Wohnungen fertiggestellt. Das ist das dritthöchste Jahresergebnis seit Kriegsende. Nur 1964 und 1965 war die Zahl der fertiggestellten Wohnungen höher. Von den fertiggestellten Wohnungen wurden 90 % in Neubauten von Wohngebäuden erbaut. Die Zahl der Wohnungen je Gebäude hat sich in den letzten Jahren leicht erhöht, was auf eine wachsende Bedeutung des Wohnungsbaues in Mehrfamilienhäusern schließen läßt. Ein fertiggestelltes Wohngebäude enthielt im Durchschnitt im Jahre 1963 1,95 Wohnungen und 1966 2,24 Wohnungen. Von den 1966 bezugsfertig gewordenen Wohnungen lagen mehr als die Hälfte in Mehrfamilienhäusern. Die Wohnungen sind, gemessen an der Zahl der Räume, im Durchschnitt größer geworden, gleichzeitig vergrößerte sich die Wohnfläche je erbaute Wohnung. Die Baukosten haben sich auch noch im Jahre 1966 beträchtlich erhöht. Im Durchschnitt kostete die Fertigstellung einer Wohnung 1966 rund 39 900 DM und 1965 rund 36 600 DM. Unter den Bauherrengruppen vereinten die gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen sowie die privaten Haushalte etwa drei Viertel der fertiggestellten Wohnungen auf sich. Die privaten Haushalte standen 1965 noch an erster Stelle mit 39 % der fertiggestellten Wohnungen. Diesen Platz hatten sie 1966 an die gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen abgeben müssen. 1966 wurden ohne Bad nur noch knapp 3 % der Wohnungen gebaut; nur gut 15 % der Wohnungen hatten noch Ofenheizung.

Abiturienten - gestern und morgen

Seit 1950 haben rund 34 800 Jugendliche die öffentlichen Gymnasien Schleswig-Holsteins mit dem Abitur verlassen. Jeder Jahrgang umfaßte im Durchschnitt gut 1 900 Abiturienten. Diese Durchschnittszahl überdeckt aber die Tatsache, daß die Zahl der Abiturienten in den einzelnen Jahren recht unterschiedlich groß war. Die Extremwerte lagen zwischen 1 000 (1954) und 2 700 (1959).

Frühjahr	Abiturienten	Frühjahr	Abiturienten
1950	1 156	1959	2 693
1951	1 127	1960	2 488
1952	1 038	1961	2 593
1953	1 045	1962	2 524
1954	1 023	1963	2 545
1955	1 572	1964	2 352
1956	1 957	1965	2 086
1957	2 144	1966/I	2 028
1958	2 288	1966/II ^a	2 145

a) Der Abiturientenjahrgang Frühjahr 1967 wurde wegen der Umstellung des Schuljahresbeginns bereits im Herbst 1966 entlassen (Kurzschuljahr)

In den 34 800 Abiturienten ist eine geringe Zahl (insgesamt gut 300) von Externen und Teilnehmern von Sonderlehrgängen, die es in den fünfziger Jahren gab, enthalten. Nicht einbezogen sind dagegen die Abiturienten der wenigen privaten Gymnasien und der Abendgymnasien. Die Zahl der Abiturienten, die aus diesen Schulen in jedem Jahr zu erwarten ist, liegt im Augenblick noch unter 100 (1965 : 83; 1966/I : 54).

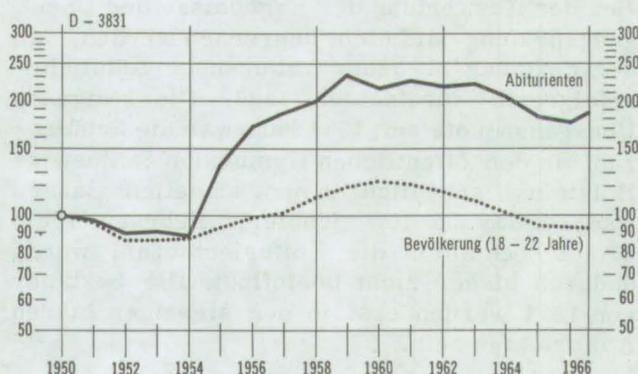
Wie sich die Abiturientenzahl weiter entwickeln wird, hängt von vielen Faktoren ab. Die im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren niedrige Abiturientenzahl im Frühjahr 1966 ist z. B. nicht auf ein Nachlassen der bildungspolitischen Anstrengungen zurückzuführen, sondern vor allem darauf, daß der Hauptanteil dieser Abiturienten in den Jahren 1945/47 geboren wurde. Die Geburtenjahrgänge um Kriegsende sind aber besonders schwach besetzt. Dieses Beispiel zeigt bereits, daß erwartungsgemäß ein enger Zusammenhang zwischen Bevölkerungszahl und Abiturientenzahl besteht.

Die jungen Menschen machen heute in Schleswig-Holstein durchschnittlich mit 20 Jahren Abitur. Die jüngsten Abiturienten sind ungefähr 18 Jahre alt und die ältesten über 23 Jahre alt. Wenn man wissen will, wie viele Jugendliche eines Geburtsjahres überhaupt das Abitur bestehen, so ist es erforderlich, die Beobachtung auf mehrere Jahre zu erstrecken.

Die ersten Abiturienten des Geburtsjahres 1943 gab es z. B. bereits im Frühjahr 1961, die meisten im Frühjahr 1963 und die letzten dieses Jahrgangs machten erst im Herbst 1966 ihr Abitur. Insgesamt erreichen heute gut 7% der Jugendlichen eines Geburtsjahres das Abitur.

Den Zusammenhang zwischen der Bevölkerungszahl und der Abiturientenzahl kann man sich besonders deutlich vorstellen, wenn man nicht von einem Geburtsjahrgang ausgeht, sondern von einem Abiturientenjahrgang, der dann mehrere Geburtsjahre umfaßt. Dem Abiturientenjahrgang wird also die gleichaltrige Bevölkerung gegenübergestellt und für beide Größen die Entwicklung seit 1950 verfolgt (siehe Bild). Zwischen 1950 und 1954, in der Zeit der großen Abwanderung aus Schleswig-Holstein, verlaufen die beiden Kurven fast deckungsgleich. Dann macht die Kurve der Abiturienten einen Sprung nach oben. Die mit dem Kriegsende verbundenen Störungen des Schullebens wirken sich aus und bringen für 1955 einen Nachholschub von Abiturienten. Die Kurve der Abiturienten bleibt dann auf diesem hohen Niveau und verläuft bis heute annähernd parallel zur Kurve der gleichaltrigen Bevölkerung. Trotz dieses offensichtlich engen Zusammenhangs ist aber die "demographische Komponente" nur eine von mehreren Komponenten, die die Abiturientenzahl beeinflussen und vor allem in Zukunft beeinflussen werden.

Abiturienten und gleichaltrige Bevölkerung
Entwicklung seit 1950



In die Sexta eines Gymnasiums wird in Schleswig-Holstein nur aufgenommen, wer die Übergangsprüfung bestanden hat. Heute wird rund ein Fünftel aller Zehnjährigen für die Sexta zugelassen. Der Anteil war nicht immer so hoch:

Frühjahr	Für Sexta zugelassene Schüler	
	Zahl	In % aller 10jährigen
1952	6 232	12,0
1953	6 020	14,8
1954	5 705	14,5
1955	5 057	14,3
1956	3 586	13,9
1957	4 185	13,7
1958	4 251	13,7
1959	4 296	13,0
1960	4 220	12,6
1961	4 440	13,6
1962	4 247	13,7
1963	4 331	14,2
1964	4 809	15,8
1965	5 325	17,2
1966/1	5 655	18,2
1966/II ^a	6 030	18,9
1967 ^a	p 6 524	p 20,4

a) Herbst

In der vorstehenden Aufstellung ist die Zahl der für Sexta zugelassenen Schüler vereinfacht nur auf die 10jährigen bezogen, um die Entwicklung in den vergangenen eineinhalb Jahrzehnten besonders deutlich zu machen. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß in Wirklichkeit ein Teil der Schüler bei der Prüfung bereits über 10 Jahre alt war, was sich schon daran erkennen läßt, daß im langjährigen Durchschnitt von den zugelassenen Schülern ungefähr neun Zehntel die Übergangsprüfung für die Sexta am Ende der 4. Volksschulklasse und ein Zehntel erst am Ende der 5. Volksschulklasse bestanden haben. Im Herbst 1967 ist jedoch der Anteil der Sextaner, die aus der 5. Volksschulklasse kommen - beeinflußt durch die Besonderheiten der Kurzschuljahre -, mit 14% außergewöhnlich hoch.

Bei der Auswertung der Ergebnisse der Übergangsprüfung darf nicht übersehen werden, daß der Sextaner bis zum Abitur neun Schuljahre erfolgreich durchlaufen muß. Die steigende Übergangsquote seit 1964 hat zwar die Schülerzahl an den öffentlichen Gymnasien Schleswig-Holsteins erheblich emporschnellen lassen (Mai 1963: 32 100 Schüler, Februar 1967: 39 800 Schüler), die Abiturientenzahl wurde dadurch bisher nicht beeinflußt. Die Sextaner von 1964 werden erst in den siebziger Jahren Abiturienten sein.

Nicht alle Sextaner durchlaufen das Gymnasium bis zum Abitur. Viele verlassen die Schule ohne diesen Abschluß. Gerade in letzter Zeit ist in Diskussionen über den Schulerfolg des Gymnasiums häufig die Frage aufgetaucht, wie hoch der Anteil der Schüler ist, der den Besuch des Gymnasiums vorzeitig abbricht (drop out). Um diese Frage beantworten zu

können, müßte es statistische Längsschnitte in Form von Verlaufsstatistiken geben, d. h. es müßte möglich sein, den Weg der Schüler von der Sexta über alle Klassen bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Gymnasium zu verfolgen. Eine solche Statistik gibt es noch nicht. Behelfsmäßig werden daher aus den Ergebnissen der vorhandenen Jahresstatistiken Schulbesuchsperioden zusammengestellt. Aus diesen Reihen werden dann "Erfolgsquoten" errechnet, die nur als Annäherungswerte angesehen werden dürfen, weil von der Sexta bis zum Abitur nicht genau dieselben Schüler erfaßt werden. Veränderungseinflüsse, z. B. durch Zuzüge und Fortzüge über die Landesgrenze, können nicht ausgeschaltet werden.

Schulbesuchsperiode			Von 100	
Sexta	Quarta	Abitur	Sextanern bestanden das Abitur	Quartanern
1950	1952	1959	.	37
1951	1953	1960	41	41
1952	1954	1961	40	42
1953	1955	1962	39	42
1954	1956	1963	44	43
1955	1957	1964	44	44
1956	1958	1965	53	51
1957	1959	1966/1 ^a	46	47
1958	1960	1966/II ^b	48	49

a) Frühjahr 1966

b) November 1966

Aus den vorstehenden Ergebnissen geht hervor, daß knapp die Hälfte der Sextaner bis zum Abitur gelangt. Daß diese Aussage trotz der behelfsmäßigen Berechnung richtig ist, läßt sich auch daran ablesen, daß in den fünfziger Jahren rund 14% der Kinder eines Geburtsjahrganges für die Sexta zugelassen worden sind und daß in den sechziger Jahren ungefähr 7% eines Geburtsjahrganges das Abitur bestanden haben.

Der Weg von der Sexta bis zum Abitur ist - wie die hohe Verlustquote zeigt - nicht immer leicht zu meistern. Für eine Voraus-schätzung der Abiturientenzahl über längere Zeit ist es notwendig, die Schülerbewegung und - abgänge zwischen Sexta und Abitur zu kennen. Ein nicht unwichtiger Faktor ist dabei der Anteil der Schüler, die am Ende des Schuljahres nicht versetzt werden. Im Durchschnitt der Jahre 1958 bis 1962 blieben in den öffentlichen Gymnasien Schleswig-Holsteins rund 8% aller Schüler sitzen. Bis zum Ende des Schuljahres 1965/66 hatte sich dieser Anteil kaum verändert. Auffallend ist aber, daß die kritischen Klassen mit hoher Sitzenbleiberquote inzwischen in der Mittelstufe, d. h. in den beiden Tertian und in der Untersekunda, zu

finden sind. In der Unterstufe war die Sitzbleiberquote im Frühjahr 1966 kleiner als früher. Für Sexta zeigen sich vielleicht schon die ersten Auswirkungen eines Erlasses des Kulturministers vom 23. Dezember 1965 mit Wirkung vom 1. April 1966, in dem es heißt, daß die beiden ersten Klassen der weiterführenden Schulen als Eingangsstufe zusammengefaßt werden sollen und daß die Schüler deshalb ohne förmliche Versetzung von der Sexta in die Quinta übergeleitet werden.

Nichtversetzte¹ in % der Schüler der betreffenden Klasse

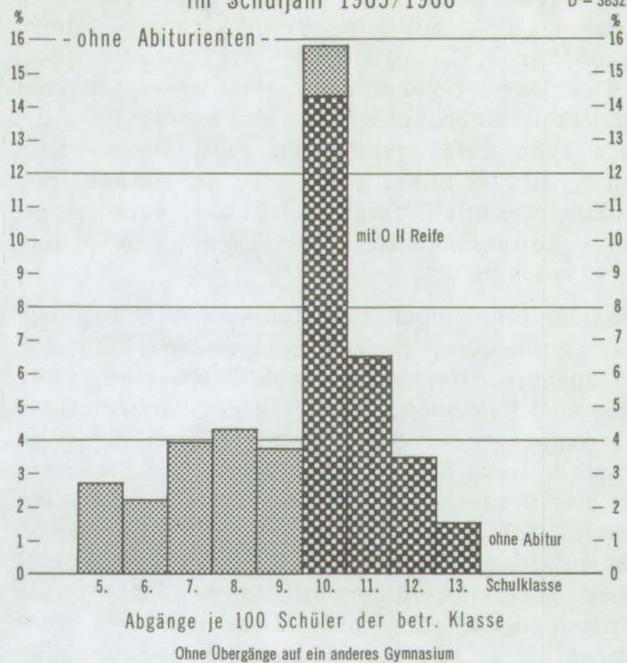
	D 1958/62		Frühjahr 1966	
	insgesamt	Jungen	Mädchen	
Sexta	4,8	4,1	5,3	2,7
Quinta	6,2	4,5	5,3	3,4
Quarta	10,4	8,9	11,5	5,7
Untertertia	9,1	9,6	11,2	7,5
Obertertia	9,8	11,0	11,9	10,0
Untersekunda	7,9	9,9	11,3	7,9
Obersekunda	10,4	11,5	13,1	9,0
Unterprima	9,4	8,7	9,6	7,3
Oberprima	4,4	4,6	5,8	2,8
Alle Klassen	8,1	7,9	9,3	6,0

1) Schüler, die am Ende des Schuljahres das Klassenziel nicht erreicht haben

Die meisten der nichtversetzten Schüler - exakte Angaben gibt es darüber nicht - werden die Klasse wiederholen und somit ihre Schulzeit um ein Jahr verlängern. Erstaunlich gering ist nämlich der Anteil der Schüler, die vom Gymnasium auf eine Volks- oder Realschule zurückgehen. Früher verließen in jedem Jahr ungefähr 3% der Schüler das Gymnasium mit dieser Absicht. Der Anteil ist jahrelang ziemlich konstant geblieben. In den letzten Jahren lag er nur noch zwischen 1% und 2%.

Wird von der Zahl der Schüler, die in jedem Jahr das Gymnasium verlassen, die Zahl der Abiturienten abgezogen, so ergibt sich eine Abgangsquote, die heute unter 5% liegt. Die Abgangsquoten der einzelnen Klassen sind unterschiedlich hoch. Weitaus am höchsten ist die Abgangsquote am Ende der Untersekunda (siehe Bild). Unter den Schülern, die die Obersekundareife erreicht haben und somit einen Abschluß, der dem der Realschule entspricht, ist vermutlich eine nicht geringe Zahl, besonders von Mädchen, die das Abitur geschafft hätten. Der Anteil der Schüler, die die Schule mit der Obersekundareife verlassen haben, ist im Laufe der letzten eineinhalb Jahrzehnte immer kleiner geworden. Am Ende des Schuljahres 1952/53 gingen 35% aller

Abgangsquoten an den öffentlichen Gymnasien im Schuljahr 1965/1966



Untersekundaner mit dem Zeugnis für die Obersekunda ab, im Frühjahr 1966 waren es 14% und im Herbst 1966 nur noch 11%. Veränderungen bei diesen Quoten ziehen zwangsläufig Veränderungen bei der Zahl der Abiturienten nach sich.

Ende des Schuljahres	Abgänge mit Obersekundareife in % aller Schüler der Untersekunda		
	Insgesamt	Jungen	Mädchen
1952/53	35,4	28,7	44,4
1953/54	33,3	24,6	44,0
1954/55	33,7	23,1	46,6
1955/56	28,6	19,3	39,9
1956/57	29,7	20,8	40,9
1957/58	29,2	19,7	41,4
1958/59	24,5	17,5	33,3
1959/60	21,4	14,2	30,2
1960/61	24,2	16,9	33,5
1961/62	23,1	16,0	33,3
1962/63	21,2	14,0	30,1
1963/64	20,2	13,0	29,4
1964/65	16,9	12,4	23,1
1965/66/1	14,3	9,8	20,6
1966/1/66/11	10,6	6,1	16,6

Beachtenswert für eine Aussage über die zu erwartende Entwicklung der Abiturientenzahl ist ferner die sich abzeichnende größere Durchlässigkeit der einzelnen Schularten. In diesem Zusammenhang ist hier an die Übergänge von Realschulen auf Gymnasien gedacht. Bis 1964 lag der Anteil der Real-

schüler, die in jedem Jahr auf ein Gymnasium überwechselten, bei weniger als 1% aller Realschüler. Seitdem steigt dieser Anteil (1963/64: 0,8%; 1964/65: 1,3%; 1965/66/I: 1,4%). Das ist vermutlich nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß es in Schleswig-Holstein seit 1965 Aufbaugymnasien gibt, die es dem guten Realschüler, der die 9. Klasse der Realschule mit Erfolg besucht hat, ermöglicht, ohne Zeitverlust in vier Jahren das Abitur zu erreichen.

Die Bevölkerungsentwicklung, die Übergänge auf Gymnasien, die Bewegungen innerhalb der Gymnasien, die Abgänge aus Gymnasien, alles das sind Faktoren, die bei einer langfristigen Vorausschätzung der Abiturientenzahl in allen Einzelheiten berücksichtigt werden mußten. In die vorliegende Vorausschätzung ist eine große Zahl von Daten eingeflossen, deren Entwicklung viele Jahre hindurch beobachtet werden konnte. Außerdem wurden alle Daten hinzugezogen, die bis Mitte 1967 bekannt waren. Eine der Hauptannahmen der Vorausschätzung ist dabei, daß mindestens ein Fünftel aller Schüler eines Geburtsjahrganges in Zukunft auf ein Gymnasium überwechseln wird. Das ist eine reale Annahme, wie die letzten Übergangsquoten gezeigt haben. Die umfangreichen Berechnungen, die hier im einzelnen nicht vorgeführt werden können, haben ergeben, daß sich die Abiturientenzahl der öffentlichen Gymnasien Schleswig-Holsteins voraussichtlich wie folgt entwickeln wird:

Sommer	Abiturienten	Sommer	Abiturienten
1967	2 390	1976	5 100
1968	2 600	1977	5 870
1969	2 800	1978	6 430
1970	3 080	1979	4 480
1971	3 310	1980	4 450
1972	3 600	1981	6 360
1973	4 050	1982	6 810
1974	4 310	1983	7 120
1975	4 600		

Die vorstehenden Ergebnisse dürfen nicht als Prophetie angesehen werden. Sie sind errechnet. Wenn sich auch nur ein entscheidender Faktor, z. B. aus schulpolitischen Gründen, in den kommenden Jahren wesentlich verändern wird, kann dadurch die gesamte Voraus-

schätzung hinfällig werden. Bei jeder langfristigen Vorausschätzung ist es erforderlich, sie auf Grund neuer Erkenntnisse und Daten immer wieder zu überprüfen und zu verbessern. Andererseits ist zu erwarten, daß die berechneten Werte für die nächsten Jahre in der Größenordnung stimmen werden, weil die Schüler, die bis Mitte der siebziger Jahre das Abitur machen werden, zum größten Teil heute bereits das Gymnasium besuchen.

Was bedeuten nun die vorstehenden Ergebnisse? Zunächst ist festzuhalten, daß sich die Zahl der Abiturienten verdoppeln und verdreifachen wird. Ob sie sich in den achtziger Jahren gegenüber heute vervierfachen wird, läßt sich nicht sagen. Die beachtliche Zunahme kommt dadurch zustande, daß die wesentlichen Faktoren sich alle in gleicher Weise und kumulativ in die Richtung auf steigende Abiturientenzahlen verändert haben oder verändern werden: die Bevölkerung im Alter von 19 und 20 Jahren nimmt - langfristig gesehen - zu, die Übergangsquoten stiegen in den letzten Jahren an und der Anteil der vorzeitigen Abgänger sinkt. Auffallend sind die verhältnismäßig niedrigen Abiturientenzahlen in den Jahren 1979 und 1980. Das sind die Fernwirkungen der vergangenen beiden Kurzschuljahre, in denen es in einem Jahr - nämlich 1966 - zwei Einschulungstermine für Schulanfänger gegeben hat. Es konnte bereits festgestellt werden, daß heute ungefähr 7% der Jugendlichen eines Geburtsjahrganges das Abitur bestehen. Dieser Anteil wird erheblich ansteigen. Es ist damit zu rechnen, daß Anfang der achtziger Jahre 16% der Jugendlichen eines Geburtsjahrganges ihre Hochschulreife an einem Gymnasium erhalten werden. Das mag eine begrüßenswerte Entwicklung sein. Dennoch bleibt die Frage offen, ob dann die Ausbildungsstätten ausreichen und ob es genügend Arbeitsplätze für Akademiker geben wird. Das sind Fragen, über die sich die Verantwortlichen bereits heute Gedanken machen müßten. Übersehen werden darf auch nicht, daß die vorstehenden Zahlen diejenigen nicht enthalten, die über den "zweiten Bildungsweg", der immer mehr ausgebaut wird, eine fachgebundene oder sogar eine volle Hochschulreife erreichen.

Dipl.-Volksw. Lieselotte Korschey

Regionale Ergebnisse der Landtagswahl 1967 und früherer Landtagswahlen

Ergebnisse in den politischen Kreisen seit 1947

Für regionale Untersuchungen der Wahlen und darunter besonders für Zeitreihen sind die Ergebnisse in den politischen Kreisen besser geeignet als die der Wahlkreise, da sie als regionale Einheit bekannter sind und über lange Zeiträume unverändert bleiben. So ist die Einteilung der Kreise nach dem Krieg nur geringfügig durch Eingemeindungen und kleine Grenzveränderungen geändert worden. Demgegenüber wurden die Landtagswahlkreise dreimal, nämlich 1950, 1954 und vor allem 1966, teilweise grundlegend neu geschnitten. Das neue Landeswahlgesetz schreibt außerdem bindend vor, daß ein Wahlkreis neu eingeteilt werden muß, wenn seine Einwohnerzahl um über 25% vom Durchschnitt aller Wahlkreise abweicht. Es muß also auch künftig mit Änderungen gerechnet werden, obwohl die letzte Neueinteilung die Bevölkerungsentwicklung berücksichtigt hat. Darüber hinaus wird auch der interessierte Wähler schon kurz nach der Wahl kaum noch wissen, welchem Wahlkreis er angehört. In den meisten Fällen dürfte die Wahlkreisnummer und der Wahlkreisname unbekannt sein, während der Name des politischen Kreises geläufig ist.

Die Wahlbeteiligung war bei den letzten beiden Landtagswahlen in den Kreisen höher als in den kreisfreien Städten, während sie zu den beiden davorliegenden etwa gleich war. Insgesamt läßt sich jedoch weder sagen, daß die Landbevölkerung häufiger wählt als die städtische noch daß ein Trend in dieser Richtung erkennbar sei. Vielmehr muß man von einer ausgeglichenen Wahlbeteiligung sprechen. Anders sieht es in den einzelnen Kreisen aus. Hier kann man über alle Landtagswahlen hinweg eindeutig zwischen solchen Kreisen unterscheiden, die großes Interesse an der Wahl haben und solchen, die desinteressiert sind. Sieht man von der Wahl im Jahre 1947 ab, da dies die erste nach dem Kriege gewesen ist, so tauchen sowohl auf der einen als auch auf der anderen Seite immer wieder die gleichen Namen auf. Die Kreise Plön und Eutin können den Anspruch erheben, die wahlfreudigsten zu sein. Sie nehmen seit 1950 immer die ersten Plätze ein. Umgekehrt sind die Einwohner des Kreises Südtondern seit 1954 unangefochten die wahlmüdesten. Das ist für die nordwestlichen Kreise typisch, da die Nachbarkreise dem nicht viel nachstehen. Die Kreise Husum und Eiderstedt befinden sich nämlich ebenfalls

fast immer in der Schlußgruppe der desinteressierten Wähler. Die folgende Übersicht zeigt die Rangfolge seit 1950:

	1950	1954	1958	1962	1967
höchste Wahlbeteiligung					
1. Flensburg-Stadt	Plön		Plön	Plön	Eutin
2. Flensburg-Land	Eutin		Eutin	Eutin	Plön
3. Eutin	Flensburg-Stadt	Flensburg-Land	Flensburg-Land	Flensburg-Land	Steinburg
niedrigste Wahlbeteiligung					
19. Südtondern	Pinneberg	Husum	Stormarn	Husum	
20. Lauenburg	Husum	Eiderstedt	Kiel	Eiderstedt	
21. Stormarn	Südtondern	Südtondern	Südtondern	Südtondern	

Interessant ist, daß unter den kreisfreien Städten das Wahlinteresse gewechselt hat. Bei den ersten drei Landtagswahlen wählten die Flensburger am häufigsten und bei den letzten drei die Neumünsteraner, wobei zu beachten ist, daß die Unterschiede heute nicht mehr so groß sind wie bei den ersten Wahlen. Diese Tendenz ist in den Kreisen nicht feststellbar. Im Jahre 1950 lag zwischen dem Kreis mit der höchsten Wahlbeteiligung (Flensburg-Land) und dem mit der niedrigsten (Stormarn) ein Zwischenraum von 10,7 Punkten, heute sind es zwischen Eutin und Südtondern 11,8 Punkte.

Die CDU stellt bei der diesjährigen Landtagswahl in allen 17 Kreisen und in zwei kreisfreien Städten die stärkste Partei. Die SPD hat nur noch in Kiel und Neumünster eine Spitzenposition inne. Bei der ersten Landtagswahl im Jahre 1947 sah das Bild völlig anders aus. Damals war die SPD noch in 13 Kreisen und drei kreisfreien Städten erfolgreich gewesen und die CDU in vier Kreisen. Der Umschwung zugunsten der CDU setzte schon im Jahre 1950 ein, ist aber nicht ohne weiteres darstellbar, da damals die CDU mit der FDP und der DP eine Wahlabsprache getroffen hatte, in allen Wahlkreisen jeweils nur einen gemeinsamen Kandidaten aufzustellen. Die SPD verlor dadurch und durch die erheblichen Stimmenanteile des BHE¹ 10 Kreise, von denen sie 1954 zwei zurückeroberte. Seit der Landtagswahl 1958 ergibt sich fast das gleiche Bild wie heute. Neu ist allein, daß bei der diesjährigen Wahl in Pinneberg die Mehrheit zur CDU übergewechselt ist und die SPD in Lübeck der CDU erneut den Vortritt lassen mußte, nachdem sie 1962 erfolgreich gewesen war.

1) Verzeichnis aller Parteinamen siehe am Schluß des Aufsatzes

Ausgesprochene Domänen einer Partei, d. h. solche Kreise, in denen eine Partei seit 1947 eine Spitzenposition einnimmt, gibt es kaum. Sieht man von der nicht vergleichbaren Wahl von 1950 ab, so ist die CDU in den Kreisen Flensburg-Land, Husum, Schleswig und Südtondern seit 1947 führend, während das bei der SPD in Kiel und Neumünster der Fall ist. Bei den ersten drei Wahlen hatte der SSW noch in der kreisfreien Stadt Flensburg die Mehrheit. Es kommt ebenfalls selten vor, daß eine Partei in einem Kreis die absolute Mehrheit erringt. Die SPD besitzt heute in keinem Kreis mehr die absolute Mehrheit. Dies war ihr dagegen 1947 in Lübeck, Neumünster, Eutin, Hzgt. Lauenburg und Oldenburg gelungen. Die CDU erreichte sie demgegenüber 1947 in keinem Kreis und heute in Husum, Norderdithmarschen, Rendsburg, Schleswig, Segeberg und Südtondern, wobei sie die absolute Mehrheit in Norderdithmarschen und Südtondern schon seit 1958 und in den Kreisen Rendsburg und Schleswig seit 1962 innehat.

Der auffallendste Umschwung hat zweifellos in den Kreisen Hzgt. Lauenburg und Eutin stattgefunden. In diesen Kreisen besaß die SPD 1947 noch die absolute Mehrheit, die von der CDU jetzt fast erreicht wird. Im gesamten Land Schleswig-Holstein hat die CDU ihre Stimmenanteile seit 1947 von 34,0% auf 46,0% um 12,0 Punkte vergrößern können, während die der SPD von 43,8% auf 39,4% um 4,4 Punkte zurückgingen. Das ist jedoch nicht gleichmäßig vor sich gegangen. Vielmehr ist die SPD 1950 kräftig abgesunken und nimmt seit 1954 stetig zu. Die CDU verlor dagegen, von 1950 abgesehen, 1954 Stimmenanteile und tat 1958 einen großen Sprung nach vorn. Seitdem nimmt sie leicht zu. Diese Entwicklung ist in den meisten Kreisen zu beobachten. Insgesamt hat die CDU in den Kreisen seit 1947 stärker zugenommen als in den kreisfreien Städten. Sie verbesserte sich in den Kreisen um 12,5 Punkte und in den kreisfreien Städten um 10,7 Punkte. Die SPD nahm in den kreisfreien Städten um einen Punkt zu und in den Kreisen um 6,5 Punkte ab. Unter den kreisfreien Städten hat es die größte Verschiebung in Lübeck gegeben. Dort vergrößerte die CDU ihre Anteile um 18,8 Punkte und die der SPD verringerten sich um 9,6 Punkte. Unter den Kreisen ragt Steinburg heraus. Hier nahm die SPD um 9,3 Punkte ab und die CDU um 21,5 Punkte zu. Die Kreise Oldenburg und Segeberg nehmen nach dieser Skala die nächsten Plätze ein. Der Kreis Steinburg ist gleichzeitig der Kreis, in dem die CDU die größten Gewinne seit 1947 verbuchen konnte, gefolgt von den kreisfreien Städten Lübeck mit 18,8 Punkten und Flensburg mit 18,3 Punkten sowie Pinneberg mit 17,9 Punkten.

Die SPD verbesserte sich nur in der Stadt Flensburg mit 15,9 Punkten, in Kiel mit 3,2 Punkten und in Schleswig mit 0,5 Punkten. Während die CDU in keinem Kreis abnahm, mußte die SPD teilweise deutliche Einbußen hinnehmen.

Am höchsten war der Rückgang in Segeberg mit 15,3 Punkten und in Hzgt. Lauenburg mit 14,2 Punkten. Trotz der zum Teil kräftigen Verschiebungen sind die Unterschiede zwischen den Anteilen der beiden Parteien in einigen Kreisen recht knapp. Sie machen zwischen der siegreichen CDU und der an zweiter Stelle liegenden SPD 1967 in Lübeck nur 1,2 Punkte, in Pinneberg 2,6 Punkte und in Oldenburg 3,4 Punkte aus.

CDU und SPD zusammen stellen heute größere Anteile als 1947 oder auch 1958. Im Jahre 1947 erhielten sie knapp 78% aller gültigen Stimmen, 1958 gut 80% und 1967 reichlich 85%. Besonders hoch sind die gemeinsamen Anteile der beiden großen Parteien 1967 in den kreisfreien Städten Neumünster und Lübeck mit fast neun Zehnteln und am niedrigsten in Flensburg-Stadt und Eiderstedt mit sieben Zehnteln. Bei der ersten Landtagswahl war der Unterschied bedeutend größer, was fast ausschließlich auf die hohen Anteile des SSW, der sich damals SSV nannte, zurückzuführen ist. An der Spitze standen die Kreise Lauenburg, Norderdithmarschen, Plön und Segeberg sowie Neumünster mit jeweils neun Zehnteln und am Ende die Stadt Flensburg mit gut einem Drittel sowie Eiderstedt mit reichlich sechs Zehnteln und Südtondern mit knapp zwei Dritteln.

Von den im jetzigen Landtag vertretenen Parteien hat die Partei der dänischen Minderheit, der SSW, die größten Verluste hinnehmen müssen. Sein Anteil ist seit 1947 kontinuierlich zurückgegangen. Bei der ersten Landtagswahl konnte der SSW noch 9,3% der gültigen Stimmen erringen und heute nur noch 1,9%. Seine Hochburgen waren im Landesteil Schleswig anzutreffen und darunter besonders in Flensburg-Stadt, Eiderstedt, Schleswig und Südtondern. Den höchsten Anteil errang er sowohl 1947 als auch 1967 in Flensburg-Stadt, obwohl er hier die größten Einbußen einstecken mußte. Sein Wählerstamm schrumpfte von 60,7% auf 20,9%. Im Kreis mit dem zweithöchsten Anteil, in Südtondern, ging dieser von 32,7% auf 9,1% zurück. Der stärkste Rückgang trat 1950 auf. Er wurde seitdem in keinem Kreis unterbrochen, entwickelte sich also trendmäßig.

Die Entwicklung der FDP war demgegenüber nicht gleichmäßig. Sie hat zwar ihren Bestand gegenüber 1947 von 5,0% auf 5,9% vergrößert, war jedoch nach einem Anstieg auf 7,5% im Jahre 1954 vier Jahre später auf 5,4% ab-

gesunken und hatte 1962 den höchsten Stand mit 7,9% erreicht. Die FDP ist immer in den Kreisen stärker vertreten gewesen als in den kreisfreien Städten. Bei der diesjährigen Wahl bekam sie den größten Anteil in Eiderstedt (13,5%), wo sie bereits bei der vorangegangenen Wahl mit 21,4% am erfolgreichsten gewesen war. 1947, als die FDP nicht in allen Kreisen kandidierte, erkämpfte sie den größten Anteil in Steinburg mit 18,6% und in Pinneberg mit 15,0%.

Die Parteien mit den größten Stimmenanteilen
1947, 1958 und 1967

KREISFREIE STADT	1947	1958	1967
Kreis			
FLensburg	SSW 60,7	CDU 37,0	CDU 37,0
KIEL	SPD 44,5	SPD 45,4	SPD 47,7
LÜBECK	SPD 53,5	CDU 44,0	CDU 45,1
NEUMÜNSTER	SPD 50,4	SPD 45,8	SPD 47,3
Zusammen	SPD 43,2	CDU 42,8	SPD 44,2
Eckernförde	SPD 40,5	CDU 45,3	CDU 46,2
Eiderstedt	SPD 36,0	CDU 40,1	CDU 40,1
Eutin	SPD 51,2	CDU 43,1	CDU 47,7
Flensburg-Land	CDU 41,3	CDU 49,1	CDU 49,8
Hzgt. Lauenburg	SPD 54,7	CDU 47,6	CDU 46,7
Husum	CDU 35,4	CDU 46,9	CDU 50,6
Norderdithmarschen	SPD 46,7	CDU 50,7	CDU 51,3
Oldenburg (Holstein)	SPD 51,3	CDU 43,8	CDU 44,7
Pinneberg	SPD 48,8	SPD 43,6	CDU 45,2
Plön	SPD 47,2	CDU 46,0	CDU 46,0
Rendsburg	SPD 41,4	CDU 48,2	CDU 51,5
Schleswig	CDU 36,8	CDU 49,8	CDU 52,0
Segeberg	SPD 47,2	CDU 46,8	CDU 51,9
Steinburg	SPD 47,9	CDU 40,0	CDU 45,5
Stromarn	SPD 49,1	CDU 41,1	CDU 44,4
Süderdithmarschen	SPD 47,2	CDU 47,0	CDU 47,8
Südtondern	CDU 33,1	CDU 50,7	CDU 50,7
Zusammen	SPD 44,0	CDU 45,2	CDU 47,6
Schleswig-Holstein	SPD 43,8	CDU 44,4	CDU 46,0

Die NPD, die sich erstmals um Landtagsmandate bewarb, war in den Kreisen Oldenburg (8,2%) und Norderdithmarschen (7,6%) am erfolgreichsten und fand die geringste Resonanz in Flensburg (4,1%) und in Südtondern (4,4%). Über das Wahlverhalten der NPD-Wähler bei früheren Wahlen läßt sich nichts sagen. Die höchsten Anteile wurden in Kreisen errungen, die vormals überdurchschnittliche BHE/DP-Anteile auswiesen.

Zur Landtagswahl 1967 kandidierten außerdem noch die DFU und die FSU, die zusammen aber nur 0,9% aller gültigen Stimmen erhielten. Anders sah es 1947 und auch bei den folgenden Landtagswahlen aus, als sich acht und mehr Parteien oder Parteilose um Mandate be-

warben und teilweise recht große Anteile eroberten. Die größte unter ihnen war die GDP, die 1950 bis 1958 mit an der Regierung beteiligt war. Sie trat erstmals 1950, noch getrennt in BHE und DP, auf. Da die DP mit der CDU und der FDP 1950 einen Wahlblock gebildet hatten, kann nur das Ergebnis des BHE herangezogen werden. Die Flüchtlingspartei errang auf Anhieb 23,4% aller Stimmen und feierte ihre größten Erfolge in Eutin mit 36,6% und Segeberg mit 34,6%. Aber schon bei der nächsten Wahl erfolgte ein großer Rückschlag. Nur noch 14,0% aller gültigen Stimmen wurden für den jetzt GB/BHE genannten BHE abgegeben, der wiederum in Eutin (22,0%) die höchsten Anteile erzielte. Bei der Landtagswahl 1958 sackte der GB/BHE weiter auf 6,9% ab, blieb aber immer noch die drittstärkste Partei. Seine Hochburg war weiterhin der Kreis Eutin, wo er 14,2% der gültigen Stimmen bekam. Die erstmals allein kandidierende DP, 1954 hatte sie einen Bund mit der SHG unter dem Namen SHB geschlossen, erhielt nur 2,8% der Stimmen. Der GB/BHE und die DP schlossen sich zur Landtagswahl 1962 zur GDP zusammen, in erster Linie wohl, um nicht unter die 5%-Grenze zu sinken. Trotzdem erreichten sie nur 4,2%. Zur Landtagswahl 1967 trat die jetzt in GDP umbenannte GDP nicht mehr an.

Die KPD, die nur bis 1954 an den Landtagswahlen teilnehmen durfte, da sie 1956 als verfassungsfeindlich verboten wurde, erreichte 1947 4,7% der gültigen Stimmen und bei den beiden folgenden Landtagswahlen 2,2% und 2,1%. Allein in Kiel war sie 1947 mit 9,1% etwas gewichtiger. Es folgten Pinneberg mit 7,2% und Lübeck mit 6,5%. Alle weiteren Parteien waren mit ihren Stimmenanteilen unbedeutend. Erwähnt sei noch die nur 1947 auftretende DKP, die 3,1% der Stimmen erhielt und in Lübeck sogar 10,2%.

Ergebnisse nach Gemeindegrößenklassen seit 1954

Im vorangegangenen Abschnitt wurde gezeigt, daß sich die Mehrheitsverhältnisse in den meisten Kreisen seit der ersten Landtagswahl grundlegend geändert haben. Ob dies auch in den verschiedenen Gemeindegrößen der Fall ist, kann am besten mit Hilfe einer Aufgliederung der Ergebnisse nach Gemeindegrößenklassen untersucht werden. Dabei ist zu beachten, daß die Größenklassen abstrahiert von den ihnen zugehörigen Gemeinden betrachtet werden müssen, d. h. durch die Bevölkerungsentwicklung sind 1967 nicht die gleichen Gemeinden in einer Größenklasse wie in früheren Jahren. Außerdem sind seit der Einführung der Briefwahl - 1962 - die Ergebnisse

nach Größenklassen unvollständig, da die Briefwähler nicht gemeindeweise und damit auch nicht nach Größenklassen zugeordnet werden können. Die Aussagefähigkeit wird dadurch aber nur geringfügig eingeschränkt. So weicht beispielsweise das Landesergebnis 1967 bei der CDU um + 0,2 Punkte von dem Ergebnis ohne Briefwähler ab und das der SPD um - 0,3 Punkte, d. h. die Briefwähler stimmen häufiger als die übrigen Wähler für die CDU und umgekehrt weniger für die SPD. Als erste Vergleichswahl mußte die von 1954 genommen werden, da 1947 noch keine Aufbereitung nach Gemeindegrößenklassen durchgeführt wurde und die Ergebnisse von 1950 durch Wahlabsprachen beeinträchtigt sind.

Überraschenderweise weicht die Wahlbeteiligung in den einzelnen Größenklassen kaum vom Landesdurchschnitt ab. So sind es 1967 im Extremfall - 1,6 Punkte und + 1,3 Punkte. Die Wahlbeteiligung ist 1967 in den oberen Größenklassen etwas niedriger als in den übrigen. Dabei ist jedoch zu beachten, daß in den großen Gemeinden häufiger mittels Briefwahl gewählt wird als auf dem Lande. Bei einer Aufteilung der Briefwähler nach Größenklassen würden also die großen Gemeinden besser abschneiden.

Bei den beiden großen Parteien läßt sich schon 1954 die heute eindeutige Tendenz feststellen, daß die Anteile der SPD mit wachsender Größenklasse steigen und die Anteile der CDU umgekehrt mit wachsender Größenklasse fallen. Die SPD lag 1954 in den Gemeinden unter 5 000 Einwohner unter ihrem Landesdurchschnitt und in allen übrigen darüber. Die höchsten Anteile erreichte die SPD in den größten Gemeinden (über 50 000 Einwohner) und fast gleichmäßig abfallend die niedrigsten in den kleinsten (unter 1 000 Ein-

wohner). Der Trend wurde nur in der Größenklasse 25 - 50 000 Einwohner unterbrochen. Hier hatte die FDP überdurchschnittliche Anteile. Die SPD überflügelte die CDU in allen Größenklassen über 2 000 Einwohner. Teilweise lag die SPD sogar weit in Front, obwohl sie im Landesergebnis nur mit 33,2% gegenüber 32,2% führte. Die CDU lag in diesen Größenklassen, bis auf die Gemeinden über 50 000 Einwohner, wo sie ihr Landesergebnis gerade erreichte, unter ihrem Landesdurchschnitt.

Bei der Landtagswahl 1958, als der CDU der große Sprung nach vorn gelang, verwies sie in allen Größenklassen die SPD auf den zweiten Platz, obwohl diese auch Gewinne zu verzeichnen hatte. In den kleinsten Gemeinden erzielte die CDU erstmals die absolute Mehrheit und doppelt so viele Stimmen wie die SPD. Sehr günstig war die Entwicklung in den großen kreisangehörigen Städten (25 - 50 000 Einwohner), wo sich die CDU gegenüber 1954 um 18 Punkte verbessern konnte. Die Zunahmen der SPD waren demgegenüber in allen Größenklassen ziemlich gleichmäßig in Höhe des Landesdurchschnitts. Bei den letzten Landtagswahlen sind größere Verschiebungen nicht mehr vorgekommen. Am auffallendsten ist der schon bekannte Wechsel bei den kreisfreien Städten (Größenklasse 50 000 und mehr Einwohner). Hier nahmen die Anteile der CDU nach ihrem großen Gewinn im Jahre 1958 laufend ab, und zwar so, daß die SPD schon 1962 wieder den ersten Platz einnehmen konnte, während die CDU in allen anderen Größenklassen die Spitzenstellung behielt und teilweise sogar ausbaute.

Noch aufschlußreicher als diese Vergleiche von Landtagswahl zu Landtagswahl ist ein Vergleich über mehrere Wahlperioden. Bei

Stimmenanteile der Parteien 1954, 1958 und 1967

Gemeindegrößenklasse	Verteilung der gültigen Stimmen in %									
	CDU			SPD			FDP			NPD
	1954	1958	1967	1954	1958	1967	1954	1958	1967	1967
unter - 1 000	41,7	52,8	54,0	24,0	26,2	29,5	5,4	5,0	6,5	7,6
1 000 - 2 000	34,7	45,9	48,3	29,5	32,6	36,2	7,7	5,0	6,7	6,4
2 000 - 5 000	30,8	42,6	44,6	32,1	35,8	40,7	7,0	5,6	6,8	6,0
5 000 - 10 000	30,2	41,4	46,2	35,0	37,9	39,1	7,8	6,2	6,5	5,8
10 000 - 25 000	27,8	41,9	44,9	36,5	39,4	41,8	8,4	5,9	5,8	5,6
25 000 - 50 000	22,1	40,1	44,5	34,4	37,6	41,1	12,5	6,9	6,3	5,2
50 000 und mehr	32,2	42,8	41,5	37,0	40,2	44,8	6,9	4,7	4,5	5,2
Zusammen	32,2	44,4	45,8	33,2	35,9	39,7	7,5	5,4	5,8	5,9
dazu Briefwahl	-	-	51,1	-	-	32,6	-	-	7,2	4,6
Schleswig-Holstein	32,2	44,4	46,0	33,2	35,9	39,4	7,5	5,4	5,9	5,8

der Landtagswahl 1954 lag die SPD noch leicht in Führung und heute liegt die CDU klar vorn. Insgesamt konnte die CDU ihre Stimmenanteile um 13,6 Punkte (1967 ohne Briefwähler) und die SPD um 6,5 Punkte erhöhen. Die Gewinne der SPD schwanken in den einzelnen Größenklassen kaum um diesen Mittelwert, während bei der CDU beträchtliche Abweichungen auftreten. Diese Abweichungen korrelieren nicht mit den entsprechenden Ergebnissen für die SPD, sie hängen vielmehr von den Schwankungen anderer Parteien ab. Am deutlichsten ist das in der Größenklasse 25 - 50 000 Einwohner erkennbar. Hier hat die CDU ihre Anteile von 22,1% auf 44,5% verdoppelt und die der SPD stiegen leicht überdurchschnittlich um 6,7 Punkte. Die Ursache ist der kräftige Rückgang bei der FDP von 12,5% auf 6,3% und der Wegfall der GDP, die 1954 in dieser Größenklasse immerhin 14,3% erhielt. Die NPD, die in dieser Größenklasse 5,2% eroberte, hat dieses Ergebnis nur geringfügig beeinflusst. Die CDU hat ihre heutige Stellung in der Hauptsache den mittleren und größeren Gemeinden zu verdanken, deren Wähler bedeutend häufiger als 1954 die CDU gewählt haben. Unterdurchschnittlich verlief die Entwicklung bei den kleinsten und den größten Gemeinden. Bei den kleinsten Gemeinden ist das nicht weiter überraschend, da die CDU dort schon 1954 hohe Anteile besaß. Bekanntlich ist es schwieriger, große Anteile noch weiter zu erhöhen als niedrige zu steigern. Die SPD verbuchte ihre größten Zuwachsraten in den Gemeinden mit 2 - 5 000 Einwohnern sowie den kreisfreien Städten und die geringsten in den Gemeinden mit 5 - 10 000 Einwohnern. Auch in den kleinsten Gemeinden lag ihr Zuwachs unter ihrem Landesdurchschnitt.

Von den übrigen im neuen Landtag vertretenen Parteien ist die FDP bis auf die kreisfreien Städte ziemlich gleichmäßig in allen Größenklassen zum Zuge gekommen. Das war auch 1958 der Fall; nur 1954 gab es die schon oben erwähnte Ausnahme in der Größenklasse 25 - 50 000 Einwohner. Die Anteile der NPD, die sich erstmals an einer Landtagswahl in Schleswig-Holstein beteiligte, sinken mit wachsender Größenklasse. Den größten Erfolg erzielte sie in den kleinsten Gemeinden.

Gemeindeergebnisse 1967

Bei den Kommunalwahlen kommt es nicht selten vor, daß in einer Gemeinde ausschließlich die Vertreter einer Partei oder Wählergruppe mit allen abgegebenen Stimmen gewählt werden. Bei Bundestagswahlen und bei Landtagswahlen sind solche Ergebnisse fast

überhaupt nicht und wenn, dann nur in kleinsten Gemeinden anzutreffen. Bisher schaffte es nur die CDU, einen solchen 100%igen Erfolg zu erzielen. Zur diesjährigen Landtagswahl erhielt sie wie im Jahre 1962 auf der Insel Gröde (Kreis Husum), alle abgegebenen Stimmen, nämlich 10 von 12 Wahlberechtigten. Außerdem bekam sie alle 24 abgegebenen Stimmen der Gemeinde Hedehusum im Kreis Südtondern. In weiteren vier Gemeinden, die alle weniger als 50 Wahlberechtigte haben, erhielt die CDU über 90% aller Stimmen; in drei dieser Gemeinden war sie schon im Jahre 1962 mit über 90% der Stimmen erfolgreich gewesen.

In weiteren 74 Gemeinden bekam die CDU über drei Viertel und in weiteren 731 Gemeinden über die Hälfte der Stimmen. Größere Gemeinden sind darunter kaum vertreten. Die größten befinden sich in der Größenklasse 5 bis 10 000 Wahlberechtigte. Es sind dies Barmstedt 56,3%, Plön 55,1%, Ratzeburg 52,5%, Bad Bramstedt 52,4%, Timmendorfer Strand 52,1%, Bad Segeberg 52,0% und Malente 50,9%.

Die SPD konnte in keiner Gemeinde einen Anteil von über 75% erringen. Den größten bekam sie in der Gemeinde Krempel im Kreis Norderdithmarschen mit 73,6% und den zweitgrößten in Börnsen (Hzgt. Lauenburg) mit 65,7%. Insgesamt erzielte die SPD in 69 Gemeinden Stimmenanteile von über 50%, darunter war sogar eine Gemeinde mit über 10 000 Wahlberechtigten, nämlich Uetersen (53,0%).

Von den übrigen Parteien erreichte nur die FDP einmal die absolute Mehrheit in einer Gemeinde, und zwar in Sievershütten (Segeberg) mit 53,3% der abgegebenen gültigen Stimmen. Der zweithöchste Anteil der FDP liegt schon unter 50%. Ihn weist die Gemeinde Poppenbüll im Kreis Eiderstedt mit 47,2% nach. Insgesamt errang die FDP in 18 Gemeinden über ein Viertel der abgegebenen Stimmen, wobei der Kreis Eiderstedt gut ein Viertel dieser Gemeinden stellt.

Der SSW kam nur in fünf Gemeinden auf über 25% der Stimmen. Es waren dies Tinningstedt (Südtondern) mit 33,3%, Harrislee (Flensburg-Land) mit 31,7%, Toftum (Südtondern) mit 29,9%, Vollerwiek (Eiderstedt) mit 27,5% und Welt (Eiderstedt) mit 26,1%. Die NPD erkämpfte in 12 Gemeinden ein Viertel und mehr der gültigen Stimmen. An der Spitze liegen Rösthuse (Süderdithmarschen) mit 35,0%, Brunsmark (Hzgt. Lauenburg) mit 30,9% und Juliusburg (Hzgt. Lauenburg) mit 30,8% der Stimmen. Diese "Spitzengemeinden" haben alle unter 100 Wahlberechtigte.

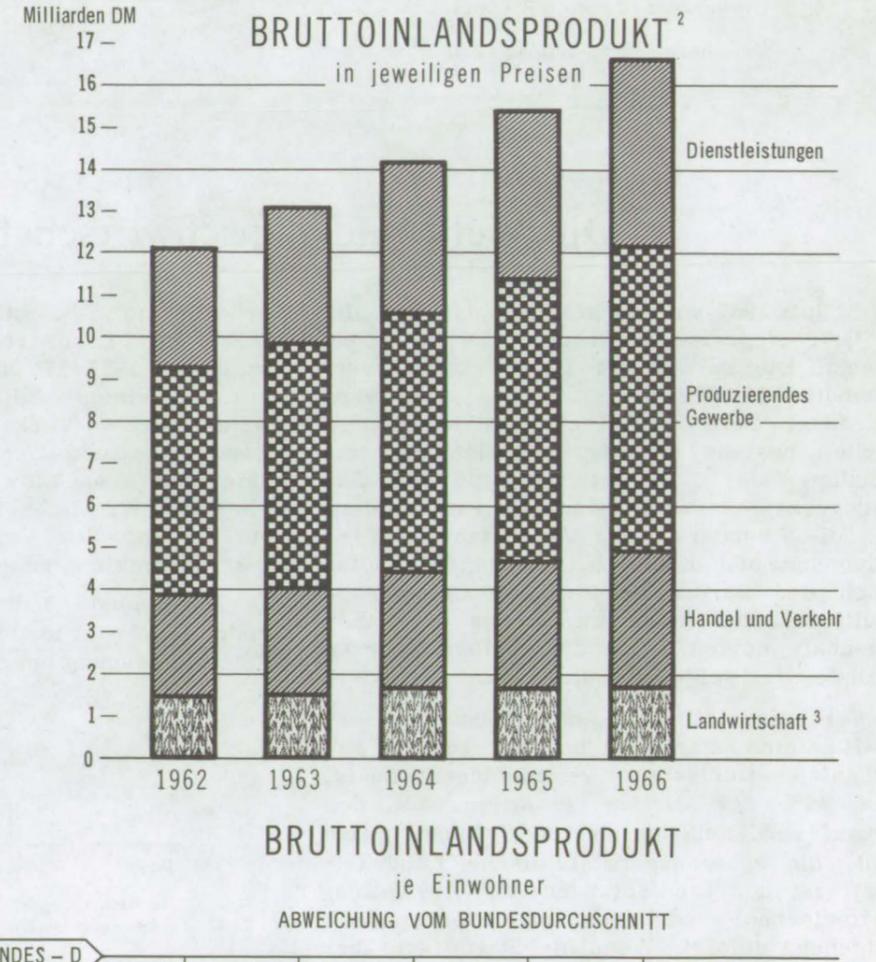
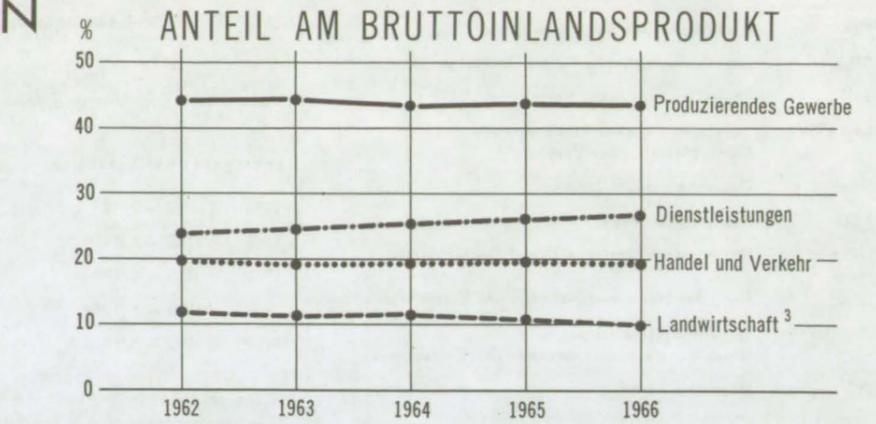
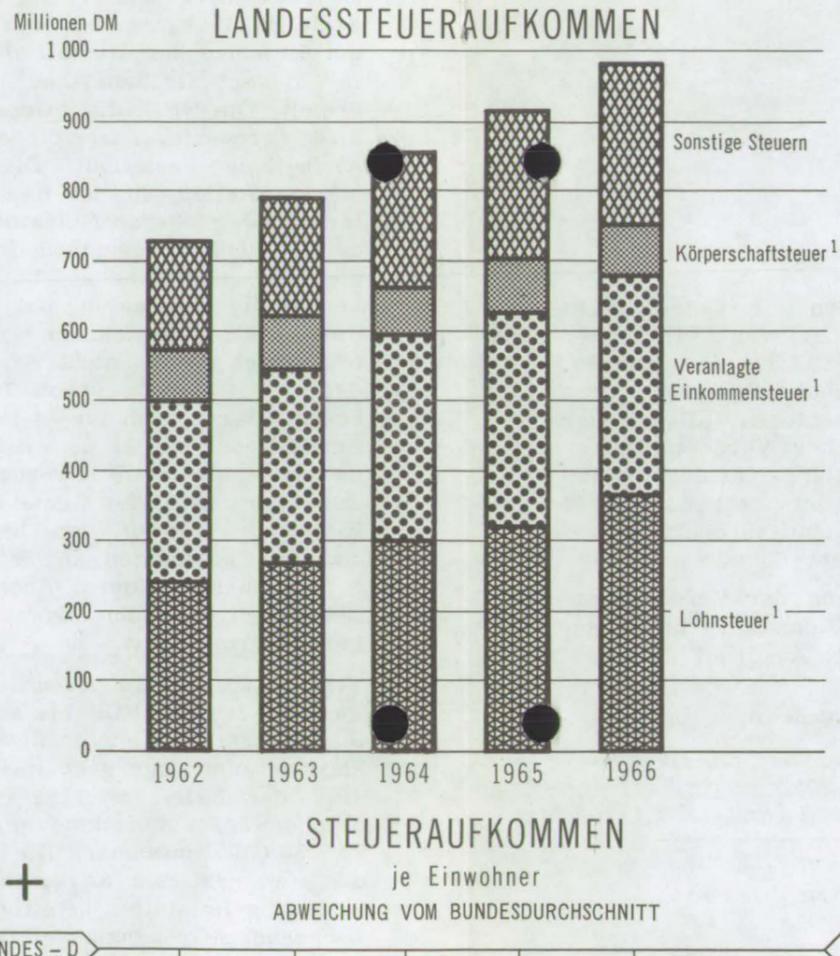
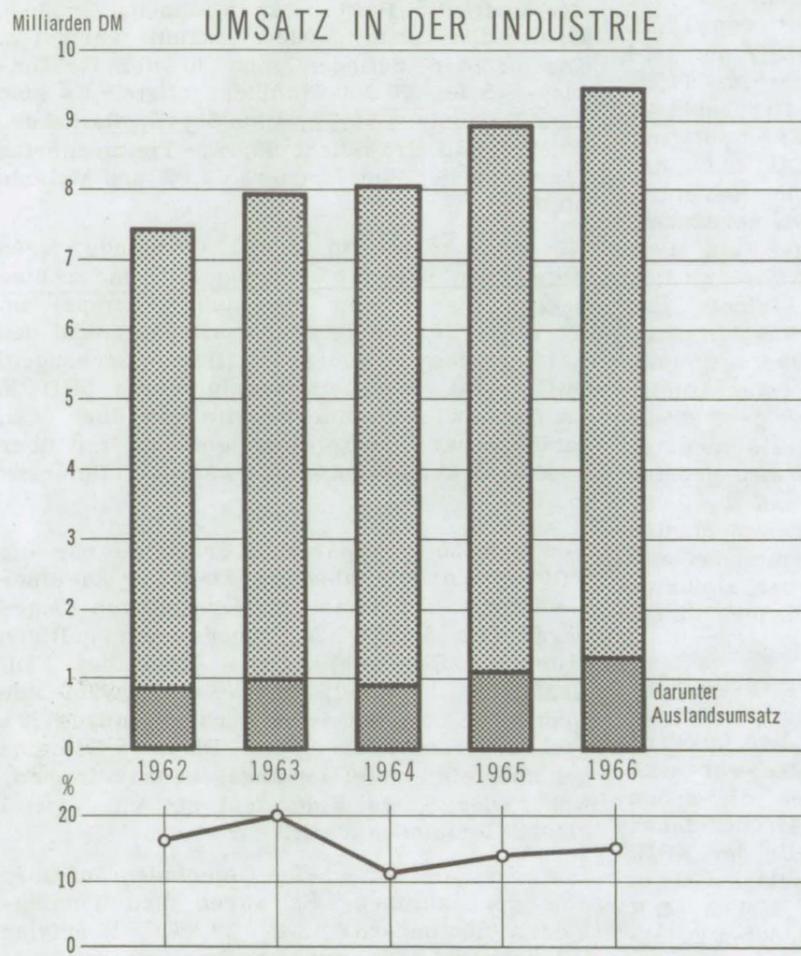
DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN SCHLESWIG - HOLSTEIN IN DEN LETZTEN JAHREN

Die drei ausgewählten Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung lassen bis einschließlich 1966 keine Abschwächung der Aufwärtsbewegung erkennen. Das linke Bild darf in seinem unteren Teil nicht zu dem Fehlschluß verleiten, ein schleswig-holsteinischer Betrieb arbeite um 15% produktiver als im Bundesdurchschnitt. Wie so oft in der Statistik kommt es auf die verschiedene Zusammensetzung des Ganzen aus heterogenen Teilen an, hier: auf den in Schleswig-Holstein höheren Anteil kapitalintensiver und mit hoher Umsatzsteuer belasteter Produktionen, z. B. Ernährungsindustrie, Mineralölverarbeitung, Zigarettenherstellung. Die in Schleswig-Holstein andere strukturelle Zusammensetzung der Gesamtgröße "Umsatz" führt also zu der vergleichsweise hohen Beziehungszahl.

Am mittleren Bild ist ein Umschwung bemerkenswert, der sich gerade

während des dargestellten Zeitraumes vollzogen hat: Die Lohnsteuer (1966: 365 Mill. DM) überflügelte die veranlagte Einkommensteuer (316 Mill. DM). Der Unterschied ist gering, doch die Entwicklung dahin stetig. Im Vergleich zum Bund hat sich das Gesamtaufkommen an Landessteuern je Einwohner im Ganzen leicht erhöht, doch bei der Einkommensteuer ist der Abstand größer geworden.

Das Merkmal, das den umfassendsten Ausdruck der wirtschaftlichen Entwicklung darstellt, das Bruttoinlandsprodukt, hat in den vergangenen 5 Jahren am stetigsten zugenommen und sich strukturell nur wenig, aber auch stetig, verändert. Der Anteil der Landwirtschaft ist weiter gesunken, der der Dienstleistungen gestiegen. Das produzierende Gewerbe trägt unverändert rund 44% zum Bruttoinlandsprodukt bei.



UMSATZ IN DER INDUSTRIE
je Industriebeschäftigten
ABWEICHUNG VOM BUNDESDURCHSCHNITT

1) ohne Bundesanteil
2) bei 1965 und 1966 vorläufige Ergebnisse
3) für 1966 geschätzter Wert

Abkürzungen der erwähnten Parteien

CDU	Christliche Demokratische Union
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
FDP	Freie Demokratische Partei
SSW (SSV)	Südschleswigscher Wählerverband (Südschleswigscher Verein)
DFU	Deutsche Frieden-Union
FSU	Freisoziale Union
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
BHE	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
GB/BHE	Gesamtdeutscher Block – Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
DP	Deutsche Partei
GDP } GPD }	Gesamtdeutsche Partei (DP – BHE)
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands

DKP	Deutsche Konservative Partei (Deutsche Rechtspartei)
SHG	Schleswig-Holsteinische Gemeinschaft
SHB	Schleswig-Holstein-Block

Detaillierte Ergebnisse enthalten:

Statistische Berichte		Monatshefte	
1954	7 – 80 – 9/54	1950	Heft 8, Seite 313 – 317
1958	B III 2 – 4/1958	1958	Heft 1, Seite 4 – 8
1962	B III 2 – 5/1962	1962	Heft 2, Seite 36 – 40
1967	B III 2 – 1/1967	1967	Heft 6, Seite 124 – 134
1967	B III 2 – 5/1967		

Außerdem für 1958: Statistik von Schleswig-Holstein, Heft 28:
"Die Landtagswahl am 28. September 1958 in Schleswig-Holstein".

Dipl.-Volksw. Walter Dahms

Die Vieh- und Fleischwirtschaft

Am 1. Juli 1967 wurden in der Bundesrepublik die Getreidepreise um rd. 50 DM je Tonne gesenkt. Die daraus der Landwirtschaft entstehenden Mindererlöse wurden von verschiedener Seite untersucht und errechnet. Klarheit bestand darüber, daß nicht nur die Einnahmen der Landwirtschaft aus den Getreideverkäufen zurückgehen werden, sondern auch die Einnahmen aus Verkäufen von Veredelungsprodukten. Geringere Preise müßten jedoch den Verbrauch anregen. Den daraus resultierenden Mehrumsatz müsse die Landwirtschaft nutzen, um die Erlösminderung zumindest teilweise wettzumachen.

Die Verkaufserlöse der Landwirtschaft Schleswig-Holsteins stammen bereits zu 80% aus Verkäufen tierischer Veredelungsprodukte. Etwa 44% der Erlöse entfallen auf den Verkauf von Schlachtvieh und Geflügel.¹ Das heißt, die schleswig-holsteinische Landwirtschaft ist den Empfehlungen zur Ausweitung der tierischen Veredelungsproduktion schon sehr weitgehend gefolgt. Wenn die Statistiken über die Verkaufserlöse keinen eindeutigen Trend zu Gunsten der Verkaufserlöse aus Verkäufen tierischer Veredelungsprodukte ausweisen, so ist zu berücksichtigen, daß im Zuge der Rationalisierung der landwirtschaftlichen Betriebe die Verfütterung von selbstproduziertem Getreide ständig abnimmt. Statt dessen wird das Getreide verkauft und als Mischfutter

zurückgekauft. So stiegen die Getreideverkäufe der Landwirtschaft von 44,9% der Ernte in 1956/57 auf 57,8% in 1965/66, also in einem Jahrzehnt.² Die Relationen zwischen den Verkaufserlösen pflanzlicher Erzeugnisse und tierischer Veredelungsprodukte und ihre Entwicklung vermögen also kein der Wirklichkeit entsprechendes Bild vom Umfang der Veredelungsproduktion und ihrer Entwicklung zu geben.

Die zunehmende Bedeutung der Veredelungsproduktion findet in der Viehhaltung und in der Fleischerzeugung beredten Ausdruck.

Viehbestände

	Dezember 1956	Dezember 1966
– 1 000 Stück –		
Pferde	87,4	17,0
Rindvieh	1 071,5	1 392,9
darunter Milchkühe	430,8	510,7
Schweine	1 210,0	1 688,8
Schafe	112,1	102,9
Ziegen	6,9	0,9
Hühner ¹	3 492,6	5 261,1
Gänse	154,0	74,7
Enten	145,7	205,1

1) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

1) Grundzahlen der Agrarpolitik. Herausgegeben vom Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Schleswig-Holstein.

2) Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Schleswig-Holstein, Marktstatistik Getreide

Die Entwicklung der Viehhaltung zeigt eine beträchtliche Zunahme der für die erwerbsmäßige Fleischproduktion in Frage kommenden Tierarten (Rinder, Schweine, Hühner, Enten) sowie einen bemerkenswerten Rückgang der Zugtiere (Pferde) und der für die Selbstversorgung mit Veredelungsprodukten bedeutsamen Tierart (Ziegen). Die rückläufige Zahl der Gänse bringt sowohl die Tendenz der abnehmenden Produktion für den Eigenbedarf als auch die abnehmende Marktproduktion zum Ausdruck. Demgegenüber ist bei Hühnern eine kräftige Abnahme der Eigenversorgung und eine noch stärkere Zunahme der Marktproduktion zu beobachten. Da der Geflügelfleischverbrauch insgesamt in den letzten 10 Jahren beachtlich gestiegen ist, bestanden auch für eine zunehmende Produktion an Gänsefleisch gute Absatzaussichten. Wenn diese nicht genutzt wurden, so lag das an der gegenüber dem anderen Geflügel teureren Mast bei Gänsen.

Die Fleischproduktion in Schleswig-Holstein - Landesfleischleistung - errechnet sich aus der Zahl der Schlachtungen in Schleswig-Holstein erzeugter Schlachttiere zuzüglich der übergebietlichen Lieferungen an Lebendvieh nach Hamburg und in die anderen Bundesländer. Während die nach Hamburg gelieferten Tiere über die Marktverwaltung in Hamburg zuverlässig ermittelt werden, stehen genaue Unterlagen hinsichtlich der über Hamburg hinaus gelieferten Mengen nicht zur Verfügung. Die auf freiwilliger Basis erfolgenden Meldungen des Handels sind leider nicht vollständig und können daher nur als Schätzungen angesehen werden. Dasselbe gilt für die übergebietlichen Lieferungen von Fleisch und Fleischwaren.

In der Landesfleischleistung sind Wild und Kaninchen nicht enthalten. Kaninchenfleisch wird fast ausschließlich in privaten Haushalten erzeugt und hat deshalb für den Markt kaum Bedeutung. Da Kaninchen nicht von der Viehzählung erfaßt werden, würde für eine Schätzung der Kaninchenfleischerzeugung der wichtigste Anhaltspunkt fehlen. Wildfleisch soll in die Betrachtung nicht einbezogen werden, da es nicht "produziert" wird. Der Anfall von Wildfleisch richtet sich nach dem vorhandenen Wildbestand. Dieser wechselt von Jahr zu Jahr nur innerhalb enger Grenzen je nach Witterung. Über die Jagdstrecke, die vom Landesjagdverband für jedes Jahr zusammengestellt wird, kann der Anfall an Wildfleisch schätzungsweise ermittelt werden. Er ist - im mehrjährigen Mittel - auf etwa 1 000 t im Jahr zu veranschlagen.

Die Landesfleischleistung ist in dem Jahrzehnt von 1956/57 bis 1965/66 um fast 50% gestiegen.

Die Zunahme beruht auf der Ausdehnung der Rindfleisch-, der Schweinefleisch- und der Geflügelfleischproduktion und bringt zum Ausdruck, daß die Landwirtschaft die gegebenen Absatzchancen wahrgenommen hat. Die Erzeugung von Schaffleisch geht ebenso zurück wie die Schafhaltung, die nur dort mit den anderen landwirtschaftlichen Betriebszweigen konkurrieren kann, wo Landwirtschaft extensiv betrieben wird. In Schleswig-Holstein ist die Schafhaltung auf die Weidemastgebiete beschränkt. Hier werden Schafe neben Rindvieh gegräst, um einen besseren Ertrag von den Weiden zu erzielen. Außerdem spielt die Deichschäfererei eine Rolle.

Der Rückgang der Kalbfleischproduktion ist eine Folge der Ausdehnung der Rindermast. Obwohl seit 1956 die Zahl der Milchkühe um 80 000 Tiere - und dementsprechend auch der Kälberanfall gestiegen ist - reichte das nicht aus, den Nachwuchs an Mastvieh zu decken. Es wurden deshalb weniger Kälber geschlachtet.

Die Fleischleistung in Schleswig-Holstein
- Fleisch einschl. Innereien, ohne Schlachtfette;
ohne Wild- und Kaninchenfleisch -

	1956/57	1962/63	1963/64	1964/65	1965/66
	- in t -				
Rinder	59 422	94 318	97 868	89 257	88 975
Kälber	5 715	4 353	4 335	3 858	3 904
Schweine	129 868	187 206	179 213	197 562	190 407
davon					
gewerbliche					
Schlachtungen	113 349	173 902	167 513	184 385	178 779
Haus-					
schlachtungen	16 519	13 304	11 700	13 177	11 628
Schafe	2 123	1 923	1 813	1 750	1 726
Geflügelfleisch					
insgesamt	6 500	8 888	9 726	10 759	11 008
Pferde	1 568	598	503	409	363
Insgesamt	205 196	297 286	293 458	303 595	296 383

Die Erzeugung von Schweinefleisch ist von 130 000 t in 1956/57 auf 190 000 t in 1965/66 gestiegen, also um 46%. Im Zeitraum 1962/63 bis 1965/66 hat sich die Produktion nicht mehr nennenswert verändert, wenn man von den üblichen jährlichen Schwankungen absieht. Demgegenüber läßt die Schweinefleischerzeugung im Bundesgebiet im gleichen Zeitraum noch eine kräftige Zunahme (+ 5,5%) erkennen. Für 1966/67 wird auch in Schleswig-Holstein mit einer Zunahme der Schweinefleischerzeugung gerechnet. Diese ist jedoch geringer als der im Bundesdurchschnitt erwartete Produktionszuwachs. Das wirft die Frage auf, warum die Produktionsausdehnung im Bundes-

Die Erzeugung an Schlachtschweinen und Schweinefleisch

	Einheit	Schleswig-Holstein					Bundesrepublik				
		1956/57	1962/63	1963/64	1964/65	1965/66	1956/57	1962/63	1963/64	1964/65	1965/66
Schweinebestand ¹	1 000 Stück	1 210	1 655	1 601	1 716	1 701	14 407	16 858	16 643	18 146	17 723
Bestand an trächtigen Sauen ¹	1 000 Stück	78	104	105	107	103	735	905	1 002	984	980
Schlachtschweineanfall	1 000 Stück	1 563	2 333	2 235	2 462	2 394	17 605	23 131	22 866	25 369	24 670
	% des Dezember Bestandes	129	141	140	143	141	122	137	139	140	139
davon gewerbliche Schlachtungen	1 000 Stück	1 382	2 188	2 108	2 318	2 266	13 581	19 240	19 281	21 395	21 044
	%	88	94	94	94	95	77	83	84	84	87
Haus-schlachtungen	1 000 Stück	181	145	127	144	128	4 024	3 891	3 585	3 974	3 626
	%	12	6	6	6	5	23	17	16	16	13
Durchschnittliches Schlachtgewicht ²											
Gewerbliche Schlachtungen	kg	92	88	88	89	88	89	86	87	87	86
Haus-schlachtungen	kg	113	104	104	104	103	106	106	106	105	104
Erzeugung an Schweinefleisch (einschl. Innereien ohne Fett)	1 000 t	130	187	179	198	190	1 469	1 865	1 858	2 049	1 967

1) Dezemberzählung

2) Fleisch und Schlachtfett ohne Innereien

gebiet stärker ist als im Lande. Handelt es sich darum, daß die übrigen Bundesländer sich anschicken, den Vorsprung Schleswig-Holsteins aufzuholen?

Die Erzeugung von Rind- und Kalbfleisch ist von 65 000 t in 1956/57 auf 93 000 t in 1965/66 gestiegen. Zwischen 1962 und 1966 war sie

jedoch im Jahre 1963/64 mit 102 000 t am höchsten. Um rund 50% wurde die Produktion innerhalb eines Jahrzehnt ausgeweitet.

Der Rückgang der Rindfleischerzeugung 1964/65 und 1965/66 gegenüber den beiden Vorjahren ist daraus zu erklären, daß 1963/64, ausgelöst durch relativ gute Rindviehpreise, Eingriffe

Die Erzeugung an Schlachtrindern und -kälbern sowie an Rind- und Kalbfleisch

	Einheit	Schleswig-Holstein					Bundesrepublik				
		1956/57	1962/63	1963/64	1964/65	1965/66	1956/57	1962/63	1963/64	1964/65	1965/66
Rinderbestand ¹	1 000 Stück	1 072	1 306	1 273	1 291	1 379	11 815	13 351	13 014	13 053	13 680
Milchkuhbestand ¹	1 000 Stück	431	478	472	479	505	5 641	5 920	5 835	5 816	5 854
Erzeugung an Rindern u. Kälbern zur Schlachtung	1 000 Stück	365	459	472	410	404	5 053	6 046	5 733	5 201	5 012
davon Rinder	1 000 Stück	246	384	402	356	349	2 734	3 826	3 753	3 475	3 365
	%	67	83	85	87	86	54	63	65	67	67
Kälber	1 000 Stück	119	76	70	54	55	2 319	2 221	1 980	1 726	1 647
	%	33	17	15	13	14	46	37	35	33	33
Durchschnittliches Schlachtgewicht ²											
je Rind	kg	234	232	230	237	241	255	266	268	268	271
je Kalb	kg	43	51	55	63	63	43	52	55	59	62
Erzeugung an Rind- und Kalbfleisch (einschl. Innereien ohne Fett)	1 000 t	65	99	102	93	93	849	1 206	1 188	1 102	1 080

1) Dezemberzählung

2) Fleisch und Schlachtfett ohne Innereien

in den Bestand vorgenommen wurden; d. h. man hat mehr Vieh zur Schlachtung verkauft als aufgezogen. Deshalb standen in den zwei darauffolgenden Jahren nur entsprechend kleinere Bestände zur Nutzung zur Verfügung. Da Bestandsveränderungen nur zahlenmäßig, nicht aber nach der Fleischmenge erfaßt werden können, war es nicht möglich, sie hier zu berücksichtigen. In den beiden folgenden Jahren mit geringerer Rindfleischproduktion ist dagegen der Rindviehbestand wieder ausgeweitet worden. Diese Entwicklung zu kennen ist deshalb von Bedeutung, weil sie für die nächsten Jahre wiederum eine Ausweitung der Produktion erwarten läßt.

Im Bundesgebiet ist die Entwicklung ähnlich wie in Schleswig-Holstein verlaufen. Hier war die Rindfleischproduktion von 1962/63 bis 1965/66 kontinuierlich rückläufig. Da auch im Bund die Bestände aufgestockt wurden (1956 - 1966: + 17,7%), wenn auch geringer als in Schleswig-Holstein (+ 28,7%), kann man auch dort eine Wiederausdehnung der Rindfleischherzeugung erwarten.

Die relativ größte Ausweitung ergab sich beim Geflügelfleisch. Hier ist seit 1956/57 ein vollständiger Wandel eingetreten. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde Geflügelfleisch fast ausschließlich für den Eigenbedarf der Produzenten erzeugt. Eine gewisse Marktproduktion, die bis dahin durchaus bestand, kann man mit den Worten beschreiben: Die Marktproduktion wurde von dem Bargeldbedarf der Bäuerinnen bestimmt (Taschengeld!).

Diese Situation wandelte sich in der zweiten Hälfte der 50er Jahre. Ausgelöst durch die wachsende Kaufkraft, die wachsende Nachfrage nach Fleisch, insbesondere solchem, das fettarm, leicht zuzubereiten und leicht verdaulich ist, entstand eine zunehmende Nachfrage auch nach Geflügelfleisch. Diese Nachfrage verstärkte sich noch dadurch, daß durch moderne Zuchtmethoden die Geflügel-

mast verbilligt und damit das Geflügelfleisch im Verhältnis zu den anderen Fleischarten billiger wurde. Der dadurch ausgelöste steigende Verbrauch führte zu ständig wachsenden Importen. Um die Versorgung des deutschen Marktes nicht ganz dem Ausland zu überlassen, hat die deutsche Landwirtschaft insbesondere ab 1960 die Produktion von Geflügelfleisch für den Markt ständig ausgedehnt. Wurden 1956 im Bundesgebiet noch 2,0 kg Geflügelfleisch je Kopf der Bevölkerung verzehrt, so waren es 1966 bereits 6,4 kg. Im gleichen Zeitraum ist die Erzeugung von 70 000 t auf 172 000 t, die Einfuhr von 35 000 t auf 212 000 t angestiegen. Obwohl also die Erzeugung von Geflügelfleisch in Schleswig-Holstein wie im Bundesgebiet mit Abstand den stärksten Aufschwung erfahren hat, konnte das Ausland seine Position auf dem deutschen Geflügelfleischmarkt ausbauen.

Das Fleischangebot in Schleswig-Holstein setzt sich zusammen aus Eigenerzeugung zuzüglich Einfuhr. Diese ist besonders groß, da ein erheblicher Teil des Lebendviehimports der Bundesrepublik in den schleswig-holsteinischen Seegrenzschlachthöfen umgeschlagen wird. Im Berichtszeitraum 1962/66 waren die Einfuhren mit Ausnahme von 1965/66 stabil. Die Zunahme 1965/66 ist auf das sowohl bei Schweinefleisch wie bei Rindfleisch knappe Angebot im Inland zurückzuführen. Da bereits das im Lande erzeugte Fleisch nur etwa zur Hälfte in Schleswig-Holstein verbraucht wird, müssen die eingeführten Mengen in vollem Umfange gleich oder nach Verarbeitung in die Verbrauchszentren des Bundesgebietes weitertransportiert werden.

In Anbetracht der hohen Eigenproduktion und der Tatsache, daß Schleswig-Holstein als "Transitland" für Fleisch anzusehen ist, spielen die übergebietlichen Lieferungen, d.h. die Lieferungen von Lebendvieh und Fleisch in andere Bundesländer, eine entscheidende Rolle, da ohne sie der Markt

Die Einfuhren von Lebendvieh

	Seegrenzschlachthöfe			Schleswig-Holstein	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Bundesgebiet
	Kiel	Lübeck	Flensburg	Insgesamt	Insgesamt	Insgesamt	Insgesamt
	in Stück					in t Fleisch ¹	
Rinder einschl. Kälber							
1962/63	69 389	66 466	47 469	183 324	338 400	52 838	97 100
1963/64	87 179	65 561	52 331	205 071	322 800	56 715	91 100
1964/65	82 052	62 723	50 622	195 397	341 600	57 545	97 400
1965/66	97 651	83 869	61 480	243 000	523 600	70 613	145 200
Schweine							
1962/63	69 699	51 258	25 406	146 363	230 000	18 408	26 900
1963/64	85 384	12 975	23 811	122 170	169 000	18 204	22 900
1964/65	100 851	40 415	6 313	147 579	171 100	18 737	21 500
1965/66	174 865	53 521	11 216	239 602	468 400	30 582	48 900

¹⁾ einschl. Innereren, ohne Schlachtfette

Die Ein- und Ausfuhr von Fleisch und Fleischwaren
sowie Innereien

- in t Fleisch einschl. Innereien, ohne Schlachtfette -

	Einfuhr	Ausfuhr
1962/63	13 591	612
1963/64	9 367	1 885
1964/65	9 178	1 349
1965/66	10 384	459

sofort verstopft wäre. In den Jahren bis etwa 1960 stammte das übergebiethlich gelieferte Fleisch im wesentlichen aus Schlachtungen von importiertem Vieh, während das im Lande erzeugte Vieh meist lebend in die Verbrauchsgebiete transportiert wurde. Seit 1960 zeigt sich hier ein deutlicher Wandel ab. Durch die Verbesserung der Kühltechnik und der Schlachttechnik ist die Schlachtung des Viehs im Erzeugungsgebiet in kontinuierlich arbeitenden Schlachtbetrieben und der Transport des Fleisches dem Lebendviehtransport mit Schlachtung am Verbrauchsort überlegen. Die Verbilligung ist so groß, daß auch die Ausgleichsabgabe übersprungen werden kann, die in Kommunen mit Schlachthof bei der "Einfuhr" von nicht in diesem Schlachthof erschlachtetem Fleisch erhoben wird. Die Entwicklung wird am deutlichsten am Beispiel der Schweine sichtbar. Obwohl zwischen 1962/63 und 1965/66 die Produktion, von Schwankungen abgesehen, geringfügig anstieg, sanken die übergebiethlichen Lieferungen an lebenden Schweinen um 30%, nämlich von 761 000 auf 546 000 Tiere. In den Kalenderjahren 1962 bis 1966 sind die Auftriebe von Schweinen schleswig-holsteinischer Provenienz auf dem Hamburger Viehmarkt und die Direktzufuhren zum Hamburger Schlachthof von 420 000 auf 370 000, also um 50 000

Tiere gesunken. Man darf davon ausgehen, daß umgerechnet auf Wirtschaftsjahre sich das Bild nicht nennenswert verschiebt. Das bedeutet aber, daß der Rückgang der übergebiethlichen Lieferungen im wesentlichen die weiter entfernt liegenden Plätze betrifft. In diesen Gebieten ist der Versand an lebenden Schweinen im Berichtszeitraum folglich um rund die Hälfte zurückgegangen.

Bei Rindern hat die Versandschlachtung noch nicht die Bedeutung erlangt, die sie bei Schweinen hat. Zwar ist auch der Versand an Lebendrindern von 1962/63 bis 1965/66 zurückgegangen; im gleichen Zeitraum ist jedoch auch, wie oben dargestellt, die Erzeugung an Rindfleisch und Schlachtrindern rückläufig gewesen, wenn auch weniger stark. Der Trend zum Fleischversand ist also auch hier vorhanden, wengleich verhältnismäßig schwächer. Die Ursache hierfür ist darin zu sehen, daß Schweinefleisch ein wesentlich leichter zu normierendes Produkt ist als Rindfleisch. Der Verkauf in großen Partien ist jedoch zwingend darauf angewiesen, daß sich die Ware leicht standardisieren läßt. Aus diesem Grunde haben die meisten Betriebe den Fleischversand zunächst mit dem Versand von Schweinefleisch begonnen.

Der übergebiethliche Verkehr von Fleisch und Fleischwaren

	Versand in t	Empfang in t
1962/63	126 084	7 112
1963/64	145 171	12 388
1964/65	145 054	14 657
1965/66	170 597	17 849

Der übergebiethliche Verkehr mit Lebendvieh

	Versand in andere Bundesländer		Empfang aus anderen Bundesländern	
	in Stück	in t Fleisch ¹	in Stück	in t Fleisch ¹
Rinder				
1962/63	120 634	27 638	4 810	1 289
1963/64	129 619	29 854	4 027	1 068
1964/65	105 433	24 976	2 021	563
1965/66	94 931	23 223	1 613	457
Schweine				
1962/63	761 407	59 506	5 721	449
1963/64	670 344	52 695	5 232	411
1964/65	642 535	51 288	2 910	237
1965/66	546 356	43 357	2 057	168
Schafe				
1962/63	44 476	1 047	34	1
1963/64	44 685	1 061	81	2
1964/65	43 675	1 106	61	1
1965/66	41 102	1 051	88	2

1) einschl. Innereien, ohne Schlachtfette

Entsprechend dem Rückgang des Lebendviehverandes ist der Versand an Fleisch und Fleischwaren im Berichtszeitraum kräftig gestiegen. Noch stärker hat sich der Empfang an Fleisch und Fleischwaren aus anderen Bundesländern erhöht. Hierin kommen die sich ändernden Verzehrsgewohnheiten zum Ausdruck. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß es sich bei den Empfängen um Fleischwarenspezialitäten aus anderen Bundesländern handelt, die im eigenen Lande nicht oder in anderer Qualität oder Geschmacksrichtung angeboten werden. Für solche Artikel bietet dann auch ein Gebiet mit reichlichen Überschüssen gute Absatzmöglichkeiten.

Die Übersicht zeigt die Empfangsländer des von Schleswig-Holstein aus Eigenerzeugung und Einfuhr gelieferten Lebendviehs, Fleisches und der Fleischwaren. Danach bleiben etwa ein Viertel aller Lieferungen in Hamburg.

Die Ausfuhr und der übergebietliche Versand von Lebendvieh,
Fleisch und Fleischwaren (umgerechnet in Fleisch)

- in % -

Empfangsländer	1962/63	1963/64	1964/65	1965/66
Ausland	-	0,8	0,5	0,2
Hamburg	27,6	26,8	27,8	27,1
Nordrhein-Westfalen	21,4	27,8	26,1	25,5
Berlin	23,3	17,3	18,6	17,0
Übrige Bundesländer	24,2	26,7	25,6	28,0
Einfuhr- u. Vorratsstelle	3,5	0,6	1,4	2,2
Insgesamt	100	100	100	100

Als Abnehmer ebenso bedeutend wie Hamburg ist das Land Nordrhein-Westfalen, das ein weiteres Viertel der schleswig-holsteinischen Lieferungen aufgenommen hat. Die Bedeutung Berlins für die schleswig-holsteinische Fleischwirtschaft war in den letzten Jahren rückläufig. Demgegenüber wurde der Absatz in den übrigen Bundesländern ausgedehnt. Aus der Aufgliederung der Empfangsgebiete geht hervor, daß für die Fleischwirtschaft die großen Ballungszentren von größter Bedeutung sind. Die Aufnahmefähigkeit dieser Gebiete wird auch künftig die Absatzmöglichkeiten der Fleischwirtschaft des Landes bestimmen. Bei den "Empfängen" der Einfuhr- und Vorratsstelle handelt es sich um Interventionen zur Marktentlastung, die im wesentlichen während der Weideabtriebszeit in Husum erfolgten. Das im Herbst in den Weidemastgebieten der Westküste anfallende Stoßangebot an Schlachtvieh bester Qualität findet in der Regel keine ausreichende Aufnahme im Markt, so daß die Einfuhr- und Vorratsstelle marktentlastend eingreifen muß. Dieses Stoßangebot zeitlich besser zu verteilen, um seine preisdrückende Wirkung zu mildern, sollte das Bestreben der Produzenten sein.

Die Auftriebe auf dem Husumer Markt haben sich zwischen 1963 und 1966 rückläufig entwickelt. In dieser Zeit hat sich der Markt immer stärker zu einem speziellen Ochsenmarkt entwickelt. Die rückläufigen Auftriebe lassen darauf schließen - da der Umfang der Weidemast nicht rückläufig war -, daß das Weidemastvieh zunehmend direkt Absatz findet. Dieser Direktabsatz ist jedoch in sehr starkem Maße von der allgemeinen Marktlage abhängig. Es ist deshalb beachtenswert, daß im Herbst 1966,

Der Husumer Markt

	1963	1964	1965	1966
Auftrieb in Stück				
Ochsen	33 503	20 032	22 074	19 112
Bullen	250	144	59	67
Kühe	6 769	3 168	2 303	2 699
Färren	9 477	3 051	2 220	1 547
Insgesamt	49 999	26 395	26 656	23 425
Durchschnittliches Lebendgewicht in kg/Tier	516	526	549	550
Intervention durch die EVSt in Stück	36 079	13 693	19 012	17 814

als die Lage auf dem Rindviehmarkt immer schwieriger wurde, weniger interveniert werden mußte als 1965, einem Jahr mit günstigeren Rindviehabsatzmöglichkeiten.

Ausblick

Anhand der Aufstockung der Viehbestände ist für das kommende Jahr mit einer gegenüber dem Vorjahr erhöhten Produktion bei Rind- und Schweinefleisch zu rechnen. Da augenblicklich sowohl die Rinder- wie auch die Schweinepreise beträchtlich unter dem Vorjahresniveau liegen und ein Ende der Abwärtsbewegung noch nicht abzusehen ist, dürfte für die folgende Zeit wieder mit einer rückläufigen Fleischproduktion zu rechnen sein. Bei Schweinefleisch wurde am 1.7.1967 der Gemeinsame Markt Wirklichkeit. In diesem Gebiet decken sich Angebot und Nachfrage. Eine Mehrproduktion in Schleswig-Holstein an Schweinefleisch müßte also gegen andere Konkurrenten ihren Markt suchen. Umgekehrt werden andere Konkurrenten die Gelegenheit nutzen, bei einem Rückgang der Erzeugung in die entstehenden Lücken zu stoßen. An Rindfleisch besteht demgegenüber in der Gemeinschaft ein Defizit, das auch in den kommenden Jahren nicht geschlossen werden kann, weil der Verbrauch rascher wächst als die Produktion. Die schlechte Marktlage in der Bundesrepublik kann also nur als "lokales" Ereignis und nur als vorübergehende Erscheinung angesehen werden. Es wäre deshalb nicht richtig, die Rindfleischproduktion langfristig einzuschränken.

Dipl.-Landw. Klaus Ludloff und Dr. Hans-Peter Kleiner

Vergleiche auch: "Die Vieh- und Fleischwirtschaft im Wirtschaftsjahr 1961/62" in Stat. Monatsh. S.-H. 1963, S. 108 (April)

Die Baufertigstellungen im Jahre 1966

Trotz zunehmender Finanzierungsschwierigkeiten, die sich insbesondere wegen der starken Erhöhung der Zinssätze für Kredite ergaben, hat die Bautätigkeit in Schleswig-Holstein im Jahre 1966 gegenüber dem Vorjahr nur geringfügig abgenommen. 28 619 Wohnungen wurden fertiggestellt, das sind 2,5% weniger als im Jahre 1965. Dies ist noch immer ein sehr gutes Ergebnis; es ist das dritthöchste Jahresergebnis seit dem letzten Krieg. Nur 1964 und 1965 war die Zahl der fertiggestellten Wohnungen höher. In den kommenden Jahren ist allerdings ein weiterer allmählicher Rückgang des Wohnungsbaues zu erwarten. So betrug die Zahl der zum Bau genehmigten Wohnungen 1966 nur noch 27 570, das sind 9% weniger als 1965.

Die Abschwächung der Baukonjunktur machte sich in Schleswig-Holstein vergleichsweise stärker als im Durchschnitt des Bundesgebiets bemerkbar. Das Statistische Bundesamt meldet für das Jahr 1966 im Bundesgebiet insgesamt sogar noch eine Zunahme der fertiggestellten Wohnungen um 2,2% auf 605 000. Dies ist vornehmlich auf die hohe Wohnungsbauleistung in den süddeutschen Ländern, insbesondere in Bayern und Baden-Württemberg, zurückzuführen. In den norddeutschen Ländern dagegen nahm die Zahl der fertiggestellten Wohnungen allgemein ab. Der Rückgang beschränkt sich also nicht nur auf Schleswig-Holstein.

Die Fertigstellungen im sozialen Wohnungsbau gingen in allen Ländern des Bundesgebietes mit Ausnahme des Landes Bayern zurück. Mit öffentlichen Mitteln gefördert wurden in Schleswig-Holstein 43% der im Jahre 1966 fertiggestellten Wohnungen. Dieses Ergebnis liegt weit über dem Bundesdurchschnitt von nur 34%. Nach den Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen sowie dem stark industrialisierten Nordrhein-Westfalen liegt Schleswig-Holstein mit dem Anteil des sozialen Wohnungsbaues an der Gesamtzahl der fertiggestellten Wohnungen an 5. Stelle unter den Ländern der Bundesrepublik.

Wohngebäude und Wohnungen

Von den 28 619 fertiggestellten Wohnungen wurden 25 836 (90%) in Neubauten von Wohngebäuden erbaut. Weitere 2 443 Wohnungen (8,8%) entstanden durch Umbau, Ausbau oder Erweiterung von Wohn- oder Nichtwohngebäuden und die restlichen 340 Wohnungen (1,2%) wurden in neuerbauten Nichtwohngebäuden ermittelt. Die folgende Untersuchung über die Struktur des Wohnungsbaues bezieht sich grundsätzlich nur auf die Fertigstellungen

von Wohnungen in Wohngebäuden, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes vermerkt ist, und zwar nur auf den Neubau, Wiederaufbau und Umbau ganzer Gebäude.

Die 25 836 Wohnungen wurden in 11 555 Wohngebäuden fertiggestellt. Die Zahl der errichteten Wohngebäude nahm damit gegenüber 1965 um 423 oder 3,5% ab, während sich im gleichen Zeitraum die Zahl der bezugsfertigen Wohnungen in diesen Gebäuden nur um 1,8% verminderte. Dies läßt auf eine weitere, wenn auch geringfügige Zunahme der Zahl der Wohnungen je Gebäude schließen und auf eine wachsende Bedeutung des Wohnungsbaues in Mehrfamilienhäusern. Beobachtungen in dieser Richtung sind bereits seit mehreren Jahren festzustellen. So enthielt im Durchschnitt ein fertiggestelltes Wohngebäude

im Jahre 1963	1,95 Wohnungen
1964	2,11 Wohnungen
1965	2,20 Wohnungen
1966	2,24 Wohnungen

Verursacht worden ist die Entwicklung wahrscheinlich hauptsächlich durch die steigenden Baupreise und die damit verbundene steigende Nachfrage nach preiswerteren Wohnungen. Wohnungen in Mehrfamilienhäusern haben in der Regel einen geringeren umbauten Raum und eine geringere Wohnfläche als in Einfamilienhäusern; ihre Herstellungskosten sind daher niedriger. In diesem Zusammenhang sei auch auf die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von geeignetem und preiswertem Bauland hingewiesen. Die Kosten für den Grund und Boden je Wohnung fallen für Mehrfamilienhäuser nicht so sehr ins Gewicht wie für Einfamilienhäuser. Schließlich sei erwähnt, daß sich der Wohnungsmarkt mit zunehmendem Abbau der Wohnungszwangswirtschaft verändert hat; offensichtlich ist die Nachfrage nach den recht teuren Einfamilienhäusern nicht mehr so stark wie in den 50er Jahren. Dafür drängen neue Käuferschichten mit anderen Wohnungswünschen auf den Markt. Das Bauergebnis in den letzten Jahren ist die Folge dieser veränderten Nachfrage.

Gebäudearten

Die Baufertigstellungsstatistik unterscheidet bei Wohnbauten nur zwei Gruppen von Gebäudearten: Ein- und Zweifamilienhäuser sowie Mehrfamilienhäuser. Zu den Ein- und Zweifamilienhäusern zählen die Bauernhäuser, Nebenerwerbs- und Kleinsiedlerstellen. Der Anteil der Ein- und Zweifamilienhäuser an der

Baufertigstellungen von Wohngebäuden 1966

- nur Neubau, Wiederaufbau und Umbau ganzer Gebäude -

	Gebäude		Wohnungen		Räume ¹		Wohnfläche		Umbauter Raum		Veranschlagte reine Baukosten	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	je Wohnung	1 000 qm	qm je Wohnung	1 000 cbm	cbm je Wohnung	1 000 DM	je Wohnung in DM
Alle Wohngebäude												
Landkreise	9 835	85,1	18 675	72,3	79 471	4,3	1 419,7	76	7 796,6	417	788 636,3	42 230
Kreisfreie Städte	1 720	14,9	7 161	27,7	28 280	3,9	489,8	68	2 442,5	341	243 341,9	33 982
Insgesamt	11 555	100	25 836	100	107 751	4,2	1 909,5	74	10 239,1	396	1 031 978,2	39 943
dagegen 1965	11 978	100	26 322	100	107 406	4,1	1 894,0	72	10 253,4	390	964 445,0	36 640
Ein- und Zweifamilienhäuser												
Landkreise	8 902	87,7	9 801	87,7	49 582	5,1	899,6	92	5 241,2	535	537 535,0	54 845
Kreisfreie Städte	1 250	12,3	1 370	12,3	7 102	5,2	125,8	92	718,0	524	76 841,8	56 089
Zusammen	10 152	100	11 171	100	56 684	5,1	1 025,4	92	5 959,2	533	614 376,8	54 997
dagegen 1965	10 384	100	11 479	100	57 724	5,0	1 029,7	90	6 016,2	524	577 985,4	50 352
Mehrfamilienhäuser												
Landkreise	933	66,5	8 874	60,5	29 889	3,4	520,2	59	2 555,4	288	251 101,3	28 296
Kreisfreie Städte	470	33,5	5 791	39,5	21 178	3,7	364,0	63	1 724,5	298	166 500,1	28 752
Zusammen	1 403	100	14 665	100	51 067	3,5	884,2	60	4 279,9	292	417 601,4	28 476
dagegen 1965	1 594	100	14 843	100	49 682	3,3	864,3	58	4 237,2	285	386 459,6	26 036

1) mit 6 und mehr qm und alle Küchen (ohne Räume außerhalb von Wohnungen)

Gesamtzahl der fertiggestellten Wohngebäude betrug im Jahre 1966 88%. Auf die Mehrfamilienhäuser entfielen 12% der Gebäude. Diese Zahlen sind allein nicht sehr aussagekräftig, da aus ihnen keine Angaben über die Zahl der in den Gebäudearten fertiggestellten Wohnungen zu entnehmen sind. Legt man die fertiggestellten Wohnungen zugrunde, so ändert sich das Bild wesentlich: von den 25 836 Wohnungen in Wohngebäuden wurden 14 665 (57%) in Mehrfamilienhäusern und nur 11 171 in Ein- und Zweifamilienhäusern fertiggestellt. Weit über die Hälfte der bezugsfertig gewordenen Wohnungen lagen also in Mehrfamilienhäusern. 1963 hatten sich die im Neubau fertiggestellten Wohnungen noch genau im Verhältnis 1:1 auf die beiden Gebäudearten verteilt. Naturgemäß ist das Verhältnis zwischen Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern und Wohnungen in Mehrfamilienhäusern in den kreisfreien Städten ein anderes als in den Landkreisen. In den Landkreisen überwiegen nach wie vor die fertiggestellten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern. In den kreisfreien Städten dagegen wurden 1966 nur 19% der fertiggestellten Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern gebaut.

Wohnräume und Wohnfläche

Die 25 836 fertiggestellten Wohnungen in Wohngebäuden enthielten insgesamt 107 751 Wohn-

räume. Das entspricht einem Durchschnitt von 4,2 Räumen je Wohnung. Damit sind die neuerbauten Wohnungen gegenüber den im Vorjahre erstellten wiederum etwas größer geworden. Für das Jahr 1965 wurde ein Durchschnitt von 4,1 Räumen je Wohnung ermittelt. Die Erhöhung der Raumzahl geht nicht zu Lasten der Größe der einzelnen Zimmer; vielmehr vergrößerte sich auch die Wohnfläche je erbaute Wohnung. Im Berichtsjahr hatte eine Wohnung im Durchschnitt eine Wohnfläche von 74 qm im Gegensatz zu 72 qm im Vorjahr. In den Landkreisen sind die Wohnungen, insgesamt gesehen, wesentlich größer als in den kreisfreien Städten, was auf die größere Wohnfläche der Ein- und Zweifamilienhäuser zurückzuführen ist, die überwiegend in den Landgemeinden erbaut worden sind. Bei gesonderter Betrachtungsweise der zwei Gebäudearten ergeben sich für die Ein- und Zweifamilienhäuser keine Unterschiede zwischen Stadt- und Landkreisen. Dagegen enthalten die Mehrfamilienhäuser in den Landkreisen die im Durchschnitt kleinsten Wohnungen mit den wenigsten Räumen.

In welchem Maße gerade der Bau von großen Wohnungen in den letzten Jahren zugenommen hat, zeigt eine Darstellung der fertiggestellten Wohnungen nach der Zahl der Wohnräume. Danach hat sich der Anteil der Wohnungen mit

5 und mehr Räumen seit 1957 ständig erhöht. 1966 war ihr Anteil sogar mit 37% aller fertiggestellten Wohnungen der größte unter den Wohnungsgrößenklassen. Gegenüber dem Ergebnis von 1957 ist die Bedeutung der 4-Raum-Wohnungen und insbesondere die der 3-Raum-Wohnungen erheblich zurückgegangen. Es gibt kaum einen deutlicheren Beweis für die Steigerung des Wohnkomforts in den zurückliegenden 10 Jahren.

Fertiggestellte Wohnungen in Wohngebäude nach der Zahl der Wohnräume ¹

	Wohnungen insgesamt	davon mit ... Wohnräumen ⁵				
		1	2	3	4	5 u. mehr
		in % von Sp. 1				
1957 ²	19 368	3,4	7,9	27,3	42,9	18,5
1960 ²	23 222	4,0	5,3	18,1	42,6	30,0
1964	26 270	3,3	6,6	15,1	39,5	35,4
1966	25 836	4,3	6,8	16,4	35,3	37,2

1) Räume mit 6 und mehr qm sowie alle Küchen

2) ohne Umbau ganzer Gebäude

Baukosten

Unter den veranschlagten reinen Baukosten sind nur die Kosten für die Herstellung des Gebäudes oder der Wohnungen zu verstehen. Die in der Tabelle angegebenen Zahlen enthalten also insbesondere nicht die Grundstücks- und Erschließungskosten. Die Höhe der reinen Baukosten je Gebäude oder Wohnung ist von verschiedenen Faktoren abhängig; einen erheblichen Einfluß auf die Baukosten üben die Arbeitslöhne aus. Der Wohnungsbau ist ein sehr arbeitsintensiver Wirtschaftszweig, in dem sich rationelle Fertigungsverfahren nur langsam durchzusetzen beginnen, im Gegensatz zur Industrie. Nur 10,5% der 1966 zum Bau genehmigten Wohngebäude und 11,5% der Wohnungen in ihnen sollen in Fertigteilbauweise errichtet werden. Neben den Löhnen sind natürlich auch die Materialkosten und hiermit in Verbindung die Ausstattung der Gebäude und Wohnungen sowie die Gebäudeart (Mehrfamilien- oder Einfamilienhaus) für die Höhe der reinen Baukosten je Wohnung von Bedeutung. Insgesamt wurden im Wohnungsbau für die 1966 fertiggestellten Wohnungen reine Baukosten in Höhe von 1 032 Mill. DM veranschlagt gegenüber 964 Mill. DM im Jahre davor. Dies entspricht einer Zunahme der Baukosten um 7% bei gleichzeitiger Abnahme der fertiggestellten Wohnungen in derselben Zeit um 1,8%. Die Baukosten haben sich also auch noch im Jahre 1966 beträchtlich erhöht.

Im Durchschnitt kostete die Fertigstellung einer Wohnung im Jahre 1966 39 943 DM. Im Vorjahre waren es noch 36 640 DM gewesen. Für die 1967 bezugsfertig werdenden Wohnungen ist mit einem weiteren Anstieg der Baukosten zu rechnen. Dies ist der Statistik der Baugenehmigungen für das Jahr 1966 zu entnehmen. Nach dieser werden die veranschlagten reinen Baukosten je Wohnung 44 590 DM betragen. Für Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern sind im Berichtsjahr die Baukosten fast doppelt so hoch gewesen wie für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern. Dies ist neben der größeren Wohnfläche auch auf den größeren umbauten Raum (Boden- und Kellerräume!) und die bessere Ausstattung in den Ein- und Zweifamilienhäusern zurückzuführen.

Bauherren

Unter den fünf von der Statistik ausgewiesenen Bauherrengruppen vereinigen die Gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen sowie die privaten Haushalte etwa drei Viertel der fertiggestellten Wohnungen auf sich. Die privaten Haushalte standen 1965 noch an erster Stelle mit 39% der fertiggestellten Wohnungen. Diesen Platz haben sie im Berichtsjahr an die Gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen abgeben müssen. Es hat den Anschein, als ob gerade die privaten Bauherren stärker von der im Jahre 1966 einsetzenden Kreditverknappung betroffen worden sind als die übrigen Bauherrengruppen, die mit Ausnahme der Gebietskörperschaften ihren Anteil an der Gesamtzahl der fertiggestellten Wohnungen erhöhen konnten. Unter den privaten Haushalten ist am häufigsten diejenige Bauherrengruppe vertreten, deren Haushaltsvorstände selbständige Berufstätige sind. Im Berichtsjahr hat ihr Anteil allerdings erheblich abgenommen zu Gunsten der Beamten, Angestellten und Arbeiter. Man kann sagen, daß der Rückgang der Fertigstellungen von Wohnungen während des Jahres 1966 zu einem erheblichen Teil auf die nachlassenden Bauaufträge von selbständigen Berufstätigen zurückzuführen ist. Sie sind den Konjunkturschwankungen im Wirtschaftsprozess und damit auch den Schwankungen für Kreditkosten offensichtlich erheblich stärker unterworfen als andere Berufsgruppen, denen wesentlich häufiger ein Teil der Belastungen durch öffentliche Darlehen zu verbilligten Zinssätzen abgenommen wird.

Ausstattung

Ohne Bad wurden im Jahre 1966 nur noch 2,8% der fertiggestellten Wohnungen gebaut. Ihr

Fertiggestellte Wohnungen in Wohngebäuden 1966 nach Bauherrn und Ausstattung

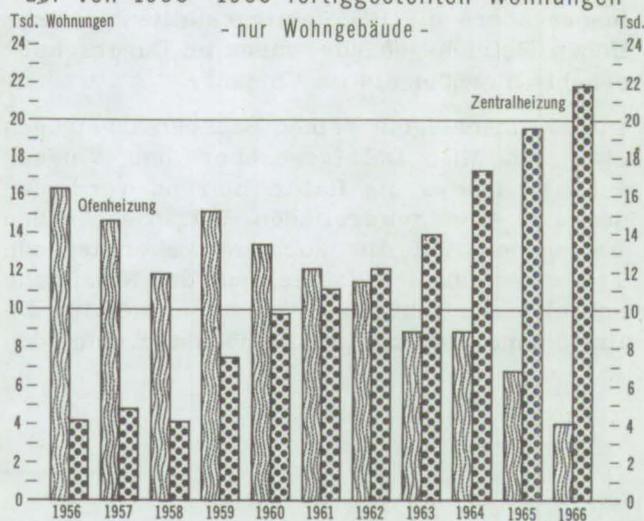
Gebäudeart — Bauherr	Wohnungen		davon mit		Wohnungen ohne Bad
	Anzahl	%	Ofen- heizung	Zentral- heizung	
			% von Spalte 1		
Ein- und Zweifamilienhäuser	11 171	43	19,5	80,5	3,2
Mehrfamilienhäuser	14 665	57	12,4	87,6	2,5
Insgesamt	25 836	100	15,5	84,6	2,8
davon erstellt durch					
Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter	1 073	4	46,3	53,7	24,0
Gemeinnützige Wohnungs- und ländliche Siedlungsunternehmen	9 796	38	17,5	82,5	1,0
Freie Wohnungsunternehmen	3 271	13	3,6	96,4	1,3
Sonstige Unternehmen	2 206	9	4,9	95,1	0,9
Private Haushalte	9 490	37	16,5	83,6	3,1
davon					
nach der Stellung des Haushaltsvorstandes im Erwerbsleben					
Selbständige Berufstätige	3 128	33	7,6	92,4	2,8
Beamte und Angestellte	2 629	28	8,8	91,2	2,1
Arbeiter	2 719	29	34,2	65,8	4,3
Rentner und Pensionäre	222	2	20,3	79,7	5,0
Sonstige	792	8	14,5	85,5	3,4

Anteil ist also recht bedeutungslos. Relativ höher ist ihre Zahl in Ein- und Zweifamilienhäusern, die von privaten Haushalten in Auftrag gegeben wurden, und insbesondere in den von Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter errichteten Mehrfamilienhäusern. Letztere sind häufig sehr einfach ausgestattet und zur Unterbringung der sozial schwächsten Schichten der Bevölkerung gedacht, z. B. für Familien, deren Notunterkünfte abgerissen werden und für die neue Wohnungen bereitgestellt werden müssen. In den Ein- und Zweifamilienhäusern sind es teilweise noch die Einliegerwohnungen, die nicht mit einem Bad, sondern nur mit einer Duschecke ausgestattet werden.

In der Art der Beheizungseinrichtung, mit der die neugebauten Wohnungen ausgestattet werden, hat sich innerhalb der letzten 10 Jahre ein vollständiger Wandel vollzogen, der der Zentralheizung zum entscheidenden Durchbruch verholfen hat. Noch im Jahre 1956 waren 80% aller neuerbauten Wohnungen mit Ofenheizung ausgestattet und nur 20% mit Zentralheizung. 1966 war das Verhältnis etwa umgekehrt: nur 15% der Wohnungen hatten noch Ofenheizung und 85% waren mit einer Zentralheizung ausgerüstet. Damit wurde der entscheidende Umschwung von der ofen- zur zentralbeheizten Wohnung innerhalb einer relativ kurzen Zeitspanne erreicht, obwohl die Zentralheizung neben der Ofenheizung schon viele Jahrzehnte vorher als Beheizungseinrichtung in Wohnungen verwendet wurde. Schon vor dem ersten Weltkrieg gab es die Zentralheizung in der Form

D - 3827

Die Heizung
der von 1956 - 1966 fertiggestellten Wohnungen



der Dampfheizung. Ihre Bedeutung hat die heutige Warmwasserzentralheizung vermutlich zum größten Teil der Entwicklung der modernen Ölbrennanlagen zu verdanken, für deren Bedienung kaum noch Arbeit aufgewendet werden muß. Daneben ist die, wenn auch geringe allmähliche Zunahme der Fernheizanlagen zu erwähnen.

Nichtwohnbauten

Im Nichtwohnbau verminderte sich 1966 die Zahl der in unserem Lande fertiggestellten Gebäude gegenüber dem Vorjahr um 1,7% auf 1 938. Von einem Rückgang des Bauvolumens

Fertiggestellte Nichtwohngebäude 1966 nach der Zweckbestimmung

Zweckbestimmung Bauherr	Nichtwohn- gebäude	Umbauter Raum 1 000 cbm	Nutzfläche 1 000 qm	Veranschlagte reine Baukosten 1 000 DM
Anstaltsgebäude	53	234	51	26 504
Bürogebäude	116	333	67	41 377
Landwirtschaftliche Betriebsgebäude	538	776	164	27 122
Gewerbliche Betriebsgebäude	710	3 193	535	184 656
Schulen	74	432	94	54 391
Sonstige Nichtwohngebäude	447	755	158	61 553
Insgesamt	1 938	5 722	1 068	395 604
Veränderung gegenüber 1965 in %	- 1,7	+ 13,1	+ 7,8	+ 17,2
Auf die Bauherren entfielen in %				
Gebietskörperschaften und Organisationen ohne Erwerbscharakter	19	23	24	36
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung	26	12	14	6
Produzierendes Gewerbe	26	41	37	34
Handel, Geld- und Versicherungswesen, Dienstleistungen	25	21	21	22
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1	2	2	2
Private Haushalte	3	1	1	1

kann jedoch nicht gesprochen werden, da der umbaute Raum in diesen Gebäuden sich erheblich vergrößert hat. Er nahm um 13% gegenüber 1965 zu und umfaßte 5,72 Mill. cbm. Insbesondere die 1966 fertiggestellten gewerblichen Betriebsgebäude waren im Durchschnitt erheblich größer als im Vorjahr.

Die veranschlagten reinen Baukosten betragen etwa 396 Mill. DM (gegenüber dem Vorjahr + 17%). Nahezu die Hälfte hiervon wurde für den Bau von gewerblichen Betriebsgebäuden ausgegeben, auf die auch der überwiegende Teil des umbauten Raumes und der Nutzfläche entfielen. Je Gebäude waren die Kosten für die Errichtung von Schulen die höchsten unter den

Nichtwohnbauten. 14% aller reinen Baukosten wurden für die Errichtung der 74 Schulgebäude veranschlagt, das entspricht Durchschnittskosten von 735 000 DM je Schulneubau. Die Gliederung nach Bauherren zeigt, daß es im Nichtwohnbau eigentlich nur zwei bedeutende Bauherrengruppen gibt: die gewerbliche Wirtschaft und die Gebietskörperschaften sowie Organisationen ohne Erwerbscharakter. Sie haben fast 94% der insgesamt veranschlagten Baukosten zu tragen. Demgegenüber fallen die Land- und Forstwirtschaft nur wenig und die privaten Haushalte gar nicht ins Gewicht.

Dipl.-Volksw. Klaus Scheithauer

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5".

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt.

- = Zahlenwert genau Null

0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit

. = Zahlenwert aus sachlichen oder technischen Gründen unbekannt

oder aus anderen Gründen nicht eingesetzt,

Angabe nach der Bezeichnung des betreffenden Tabellenfaches sinnlos

... = Zahlenwert noch nicht bekannt

Inhalt des laufenden Jahrgangs nach Sachgebieten

	Heft/Seite
Gebiets- und Bevölkerungsstand	
100 Jahre Kreise	8/170
Bevölkerungsbewegung	
Ehescheidungen	8/182
Unterricht, Bildung und Kultur	
Sportstätten	4/86
Volksschule von gestern bis heute	5/105
Rechtspflege und öffentliche Sicherheit	
Urteile 1966	5/119
Strafurteile 1965	9/196
Wahlen	
Landtagswahl 1967	6/124
Landtagswahl, Alter und Geschlecht	7/148
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Blumen- und Zierpflanzenanbau	7/152
Ernten 1966	5/107
Obstbäume 1965	4/91
Ölfrüchte	3/63
Schlepper	9/215
Viehbestände 1966	6/138
Weinbestände 1962 – 1966	8/185
Zwischenfrüchte 1966	4/95
Industrie und Handwerk	
Handwerk 1966/67	6/143
Umsatzstruktur Handwerk	2/27
Wasserwirtschaft, Öffentliche –	7/159
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Wohnverhältnisse 1965 (1. Teil)	2/39
Wohnverhältnisse 1965 (2. Teil)	3/60
Wohnverhältnisse der Vertriebenen	9/212
Handel und Gastgewerbe	
Ausfuhr 1964 – 1966	9/206
Umsätze im Gastgewerbe 1966	4/88
Verkehr	
Grenzverkehr 1956 – 1965	2/45
Straßen in Schleswig-Holstein	3/51

Geld und Kredit, Versicherungen

Realkreditinstitute 1/15

Öffentliche Sozialleistungen

Finanzen der Krankenkassen 3/69
Jugendhilfe, Öffentliche — 4/76
Krankenversicherung 1/17
Kriegsopferfürsorge 7/163
Kriegsopferversorgung 9/213
Rentenversicherung 1/23

Öffentliche Finanzen

Lohnsteuerpflichtige, Schichtung der — (n) 34
Personalausgaben 1951 bis 1965 3/56
Spitzengehälter 1965 6/143
Verschuldung der Gemeinden 1/4

Preise

Agrarprodukte, Preise von — (n) 9/210
Agrarprodukte, Preisindex für — 8/188
Gastgewerbe, Preise im — 1965 5/113

Versorgung und Verbrauch

Urlaubsausgaben 3/67
Verbrauch in Bauernhaushalten 1/10

Sozialprodukt

Bruttoinlandsprodukt 1950—1965 5/100
Bruttoinlandsprodukt der Landwirtschaft 6/140

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

V 6458 E . 19. Jahrgang . Heft 10 . Okt. 1967

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966			1967				
		Monats-Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	May	Juni	Juli	Aug.	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
* Bevölkerungsstand (Monatsende)	1 000	2 267	2 457	2 459	2 463	2 466	2 485	2 489	
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
* Eheschließungen ¹⁾	Anzahl	1 654	1 729	1 767	2 314	2 828	2 007	1 925	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	8,8	8,4	8,8	11,1	13,5	9,5	9,4	
* Lebendgeborene ²⁾	Anzahl	2 867	3 828	3 861	3 696	3 942	4 060	3 901	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	15,2	18,7	19,1	17,7	18,8	19,3	19,1	
* Gestorbene ³⁾ (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 173	2 484	2 355	2 307	2 218	2 508	2 333	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	11,5	12,1	11,7	11,0	10,6	11,9	11,4	
*	darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	93	79	82	79	68	70	71
*	je 1 000 Lebendgeborene	32,6	20,5	21,2	21,4	17,3	17,2	18,2	
* Geburtenüberschuß	Anzahl	694	1 343	1 506	1 389	1 724	1 552	1 568	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	3,7	6,6	7,5	6,7	8,2	7,4	7,7	
Wanderungen											
* Über die Landesgrenze Zugezogene		6 523	7 701	8 050	7 585	7 526	8 129	7 486	
* Über die Landesgrenze Fortgezogene		6 263	6 236	5 060	5 531	5 797	6 202	5 445	
* Wanderungsgewinn		260	1 425	2 990	2 054	1 729	1 927	2 041	
* Binnenwanderung ⁴⁾		9 666	9 945	8 439	8 917	9 008	10 193	9 204	
Wanderungsfälle	Anzahl	22 452	23 882	21 549	22 033	22 331	24 524	22 135	
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	170	165	149	148	150	165	153	
Arbeitslage											
* Arbeitslose	1 000	50	8	5	5	5	21	17	15	15	
darunter * Männer	1 000	31	6	3	3	3	15	12	11	10	
Offene Stellen	1 000	5	19	23	22	22	12	12	11	11	
darunter für Männer	1 000	3	9	12	11	11	5	5	5	5	
Landwirtschaft											
Viehbestand											
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	1 129 ^a	1 393 ^a	1 507	.	.	.	1 500	.	.	
darunter * Milchkühe	1 000	426 ^a	511 ^a	503	.	.	.	501	.	.	
* Schweine	1 000	1 279 ^a	1 689 ^a	1 677	.	.	.	1 731	.	.	
darunter * Zuchtsauen	1 000	126 ^a	169 ^a	171	.	.	.	188	.	.	
darunter * trächtig	1 000	77 ^a	107 ^a	108	.	.	.	121	.	.	
Schlachtungen von Inlandtieren ⁵⁾											
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	14	28	18	21	33	24	21	24	35	
* Kälber	1 000 St.	5	4	4	3	3	5	4	3	3	
* Schweine	1 000 St.	81	157	141	149	156	155	152	167	161	
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	15 ^b	10 ^c	2	2	2	5	3	3	3	
* Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen ⁶⁾	1 000 t	9,3	19,5	16,6	17,8	21,3	19,1	18,3	19,8	22,2	
darunter											
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	3,0	6,4	4,1	4,6	7,2	5,4	4,9	5,3	7,8	
* Schweine	1 000 t	5,9	12,8	12,2	12,9	13,6	13,4	13,1	14,3	14,1	
Durchschnittliches Schlachtgewicht für											
Rinder	kg	223	236	233	226	224	229	232	227	223	
Kälber	kg	49	58	64	62	63	60	65	61	57	
Schweine	kg	89	88	88	88	88	89	88	87	89	
Milcherzeugung											
* Kuhmilcherzeugung	1 000 t	142	176	221	196	162	248	223	199	161	
darunter * an Molkereien geliefert	%	87	90	93	93	92	92	93	93	92	
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	10,8	11,5	14,6	12,5	10,4	15,7	14,5	12,5	10,2	

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort 2) nach der Wohngemeinde der Mutter 3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen 4) innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden 5) gewerbliche und Hausschlachtungen 6) einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien a) Dezember b) Winterhalbjahr 1958/59 = 25 c) Winterhalbjahr 1966/67 = 17

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966			1967			
		Monats-Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
Industrie und Handwerk										
Industrie ⁷⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)	1 000	164	178	179	179	180	170	170	170	...
darunter *Arbeiter ⁸⁾	1 000	136	139	140	140	141	131	131	131	...
*Geleistete Arbeiterstunden ⁹⁾	1 000	24 439	22 756	23 134	19 824	22 971	20 734	21 399	19 991	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	53,1	105,5	111,3	111,6	112,9	104,1	105,8	103,8	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	16,5	42,0	42,5	42,6	41,8	42,8	43,5	43,6	...
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ¹⁰⁾	74	40	47	47	47	43	41	42	...
*Gasverbrauch	1 000 Nm ³	11 858	9 830	10 523	11 376	11 023	12 588	11 820	12 128	...
*Heizölverbrauch	1 000 t	31	78	68	69	75	78	68	68	...
*Stromverbrauch	Mill. kWh	72	123	118	113	124	125	122	125	...
*Stromerzeugung (gesamte industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	21	38	33	37	37	37	35	38	...
*Umsatz ¹¹⁾	Mill. DM	479	790	817	723	811	790	856	783	...
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	65	111	152	81	130	119	155	87	...
Produktionsindex 1958=100		100	142	148	125	138	146	143	137	...
Steine und Erden		100	158	192	186	186	172	188	182	...
Eisen-, Stahl- und Temperguß		100	135	157	76	142	116	120	113	...
Schnittholz und Sperrholz		100	100	121	98	101	95	92	87	...
Zellstoff, Papier und Pappe		100	136	139	139	128	134	134	142	...
Gummi- und Asbestwaren		100	197	210	89	180	223	217	194	...
Wasserfahrzeuge		100	86	85	68	78	91	88	81	...
Maschinenbauerzeugnisse		100	141	155	106	108	140	135	121	...
Elektrotechnische Erzeugnisse		100	141	146	116	130	125	132	119	...
Feinmechanische und optische Erzeugnisse		100	180	174	176	179	193	202	145	...
Eisen-, Blech- und Metallwaren		100	189	199	151	199	174	180	181	...
Leder		100	36	29	32	27	18	14	11	...
Schuhe		100	93	83	55	104	39	72	80	...
Textilien		100	93	105	58	91	88	94	76	...
Bekleidung		100	126	121	77	119	90	83	106	...
Fleisch und Fleischerzeugnisse		100	190	189	178	165	188	183	157	...
Fisch und Fischerzeugnisse		100	147	119	103	133	134	121	99	...
Meiereierzeugnisse		100	136	172	133	105	227	174	154	...
außerdem Produktionsindex für das Bauhauptgewerbe		100	136	161	147	147	150	146	145	...
Handwerk (Meßziffern) ¹²⁾										
*Beschäftigte (Ende des Vierteljahres)	30. 9. 1962=100		101	101				96		
*Umsatz	Vj. -D 1962=100		132	131				120		
darunter *Handwerksumsatz	Vj. -D 1962=100		134	131				123		
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	110	149	112	112	131	161	124	123	...
Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	143	304	264	266	295	293	285	284	...
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm	17	23	16	16	18	19	18	16	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

7) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung); ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie 8) einschl. gewerblicher Lehrlinge 9) einschl. Lehrlingsstunden 10) eine t Steinkohleeinheit (SKE) = 1 t Steinkohle, -koks oder -briketts = 1,5 t Braunkohlenbriketts = 3 t Rohbraunkohle 11) einschl. Verbrauchsteuern sowie Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren 12) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966			1967			
		Monats-Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe¹³⁾										
*Beschäftigte (einschl. tätiger Inhaber)		55 228	66 044	68 209	68 089	67 553	58 866	59 891	60 485	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 286	9 344	11 039	10 110	10 898	9 178	9 668	9 166	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	4 157	3 977	4 676	4 116	4 535	4 232	4 325	4 042	...
*Öffentliche und Verkehrsbauten	1 000	3 612	3 844	4 526	4 301	4 623	3 508	3 701	3 587	...
*Löhne (Bruttosumme)	Mill. DM	22,4	51,6	61,9	56,4	60,9	49,2	51,0	49,4	...
*Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	1,5	4,6	4,4	4,5	4,5	4,3	4,3	4,3	...
*Umsatz	Mill. DM	70,3	154,5	176,4	175,4	183,0	139,0	160,7	156,8	...
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (ohne Gebäudeteile)		922	949	1 364	1 129	849	741	975	807	...
*Nichtwohngebäude (ohne Gebäudeteile)		458	168	190	186	173	116	199	171	...
Veranschlagte reine Baukosten für alle ganzen Gebäude	Mill. DM	60,9	124,1	175,9	136,5	117,0	97,7	155,2	131,4	...
darunter für Wohngebäude	Mill. DM	42,4	90,1	138,5	105,6	81,1	76,4	110,0	88,9	...
*Umbauter Raum insgesamt (ohne Gebäudeteile)	1 000 cbm	1 069	1 314	2 032	1 432	1 158	1 056	1 612	1 379	...
darunter *in Wohngebäuden	1 000 cbm	691	839	1 328	969	726	709	1 025	879	...
*Wohnungen		2 109	2 298	3 596	2 625	1 921	2 065	2 803	2 252	...
darunter *in ganzen Wohngebäuden		1 879	2 021	3 283	2 313	1 646	1 785	2 505	1 976	...
Baufertigstellungen										
Wohnungen		1 533	2 385	1 082	1 316	1 818	1 447	1 401	1 798	...
Wohnräume ¹⁴⁾		6 064	10 181	4 374	5 610	7 249	6 033	6 043	7 850	...
Handel und Gastgewerbe										
Handel mit dem Währungsgebiet der DM-Ost										
Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	308	1 797	722	574	496	532	756	542	...
Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	1 211	1 263	1 289	1 070	973	1 310	1 599	911	...
Handel mit Berlin (West)										
*Bezüge Schleswig-Holsteins	1 000 DM	8 126	22 079	19 994	20 598	22 958	21 016	22 041	22 470	...
*Lieferungen Schleswig-Holsteins	1 000 DM	28 087	34 287	30 330	28 909	31 338	30 157	31 992	25 651	...
*Ausfuhr nach Warengruppen	Mill. DM	67,7	137,1	225,4	98,7	129,5	149,2	140,3	105,6	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	5,1	10,7	10,1	10,8	10,0	11,2	13,7	9,0	...
*Gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	62,6	126,4	215,3	87,9	119,5	137,9	126,6	96,6	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	2,0	3,5	3,0	2,7	3,4	3,3	3,5	3,4	...
*Halbwaren	Mill. DM	4,8	11,5	16,3	12,0	11,6	10,3	9,6	10,5	...
*Fertigwaren	Mill. DM	55,8	111,4	196,0	73,1	104,5	124,3	113,5	82,7	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	2,8	6,7	7,0	6,2	6,1	9,0	7,7	8,1	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	53,0	104,7	189,0	66,9	98,5	115,2	105,8	74,6	...
*Ausfuhr nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EWG-Länder	Mill. DM	11,0	29,2	28,3	27,9	29,4	39,3	38,6	35,9	...
darunter										
Italien	Mill. DM	1,7	6,6	6,7	5,9	6,6	14,0	11,8	10,5	...
Niederlande	Mill. DM	6,1	10,6	10,1	9,6	10,7	12,5	14,2	13,1	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	31,0	55,4	109,2	36,0	31,0	53,9	59,7	29,7	...
darunter										
Dänemark	Mill. DM	3,7	10,7	10,8	14,0	9,3	7,9	14,8	7,4	...
Großbritannien	Mill. DM	3,2	5,2	6,7	5,3	5,1	5,0	8,2	5,4	...
Norwegen	Mill. DM	14,2	20,0	75,8	1,7	2,3	26,2	22,3	2,4	...
Schweden	Mill. DM	6,3	9,2	5,7	4,1	4,0	5,1	5,5	4,5	...
Fremdenverkehr in ausgewählten Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	112	163	258	405	380	p 174	p 250	p 437	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	15	19	26	60	44	p 20	p 28	p 61	...
*Fremdenübernachtungen	1 000	682	1 143	1 903	3 763	4 036	p 859	p 2 092	p 3 971	...
darunter von *Auslandsgästen	1 000	33	39	52	126	100	p 34	p 54	p 130	...

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

13) nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet 14) Zimmer mit 6 und mehr qm Fläche und alle Küchen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966			1967			
		Monats-Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
Verkehr										
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	126	240	246	256	263	227	247	226	...
*Güterversand	1 000 t	195	353	400	368	424	396	380	387	...
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge		3 262	5 521	5 900	4 883	4 587	5 992	5 312	4 492	...
darunter										
Krafträder (einschl. Motorroller)		227	11	16	12	13	18	17	19	...
*Personenkraftwagen		2 107	4 311	4 523	3 797	3 660	4 865	4 169	3 564	...
*Kombinationskraftwagen		175	440	490	421	273	480	437	345	...
*Lastkraftwagen		293	390	452	344	340	375	404	315	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden		918	1 115	1 229	1 307	1 303	1 290	1 354	p 1 414	p 1 315
*Getötete Personen		40	60	56	73	74	56	59	p 79	p 72
*Verletzte Personen		1 130	1 502	1 672	1 879	1 784	1 827	1 850	p 2 007	p 1 870
Geld und Kredit										
Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank)										
*Kredite an Nichtbanken	Mill. DM	3 105 ^d	8 993 ^d	8 816	8 780	8 821	9 260	9 441	9 414	...
(Bestand am Monatsende)										
davon										
*Kurzfristige Kredite	Mill. DM	939 ^d	2 078 ^d	2 239	2 186	2 134	2 181	2 325	2 307	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	928 ^d	2 053 ^d	2 212	2 173	2 107	2 169	2 292	2 296	...
*Mittel- und langfristige Kredite 15)	Mill. DM	2 165 ^d	6 915 ^d	6 577	6 594	6 687	7 079	7 115	7 107	...
darunter *an Wirtschaft und Private	Mill. DM	1 864 ^d	5 922 ^d	5 640	5 652	5 731	6 045	6 081	6 061	...
*Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	2 067 ^d	5 575 ^d	5 194	5 265	5 415	5 850	5 808	5 906	...
(Bestand am Monatsende)										
davon										
*Sicht- und Termineinlagen	Mill. DM	1 012 ^d	1 906 ^d	1 819	1 861	1 971	2 017	1 953	2 032	...
darunter *von Wirtschaft u. Privaten	Mill. DM	857 ^d	1 589 ^d	1 548	1 586	1 650	1 616	1 613	1 678	...
*Spareinlagen am Monatsende	Mill. DM	1 054 ^d	3 666 ^d	3 376	3 404	3 445	3 833	3 855	3 874	...
darunter *bei Sparkassen	Mill. DM	706 ^d	2 412 ^d	2 240	2 252	2 274	2 515	2 524	2 533	2 559
*bei Kreditbanken	Mill. DM	.	745 ^d	675	683	695	781	789
*Gutschriften auf Sparkonten	Mill. DM	57	182	151	192	169	153	164
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	41	141	128	164	129	138	142
Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)		9	11	7	6	12	9	13	15	...
Vergleichsverfahren (eröffnete)		2	1	-	-	1	2	4	2	...
Wechselproteste	Anzahl	636	839	863	968	892	916	856
	Wert	1 000 DM	465	1 118	1 166	1 191	1 085	1 016
Steuern										
*Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM	32 185	81 845	121 225	57 482	57 243	61 398	129 280	62 262	64 097
darunter										
*Vermögenssteuer	1 000 DM	1 463	3 256	781	659	8 185	10 955	1 523	2 510	11 244
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	3 596	9 680	9 651	9 308	8 963	10 062	10 014	10 057	9 483
*Biersteuer	1 000 DM	420	758	694	884	975	746	746	962	974
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	24 497	63 278	104 476	42 805	34 448	34 693	112 031	43 169	37 983
*Einnahmen für Rechnung des Bundes	1 000 DM	93 577	159 218	198 983	141 242	136 662	135 023	196 872	151 914	144 799
darunter										
*Umsatzsteuer	1 000 DM	26 688	51 856	51 713	51 931	54 000	44 122	52 822	55 492	54 061
*Umsatzausgleichsteuer	1 000 DM	3 113	4 851	4 834	5 065	4 960	4 822	4 173	5 237	5 238
*Beförderungsteuer	1 000 DM	1 034	1 510	1 498	1 884	1 664	1 522	1 674	1 720	1 726
*Zölle	1 000 DM	7 838	6 706	7 141	6 441	7 671	7 358	5 368	5 658	5 471
*Verbrauchssteuern	1 000 DM	41 359	53 838	66 996	48 753	46 342	56 823	67 033	58 455	55 996
darunter *Tabaksteuer	1 000 DM	32 960	34 275	33 236	34 642	34 059	36 665	23 643	57 103	38 183
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	13 191	40 456	66 796	27 367	22 024	20 375	65 796	25 353	22 308
Notopfer Berlin	1 000 DM	354	2	6	1	2	2	5	2	1
*Lastenausgleichsabgaben	1 000 DM	5 396	4 685	1 361	1 871	7 211	8 802	2 094	1 844	7 276
*Steuern vom Einkommen ¹⁶⁾	1 000 DM	37 688	103 734	171 271	70 172	56 472	55 068	177 827	68 522	60 291
davon										
*Lohnsteuer	1 000 DM	14 013	49 840	39 684	52 125	53 984	35 447	38 446	54 625	53 188
*Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	15 925	43 119	104 308	15 799	2 366	14 718	113 636	11 046	4 203
*Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	428	917	1 385	1 730	480	555	1 121	1 678	1 756
*Körperschaftsteuer	1 000 DM	7 322	9 858	25 894	518	358	4 348	24 624	1 173	1 145

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) einschl. durchlaufender Kredite 16) in den Landes- und Bundessteuern enthalten

d) Stand: 31. 12.

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1958	1966	1966			1967				
				Monats-Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
noch: Steuern											
Gemeindesteuereinnahmen¹⁷⁾											
*Realsteuern	1 000 DM	57 325 ⁺	102 550 ⁺	100 166 ^e	.	.	.	104 300 ^e	.	.	
davon											
*Grundsteuer A	1 000 DM	6 816 ⁺	7 228 ⁺	6 806 ^e	.	.	.	7 293 ^e	.	.	
*Grundsteuer B	1 000 DM	11 575 ⁺	16 865 ⁺	16 972 ^e	.	.	.	18 049 ^e	.	.	
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	1 000 DM	34 826 ⁺	70 283 ⁺	68 561 ^e	.	.	.	71 400 ^e	.	.	
Lohnsummensteuer	1 000 DM	4 109 ⁺	8 175 ⁺	7 726 ^e	.	.	.	7 558 ^e	.	.	
*Sonstige Steuern	1 000 DM	6 119 ⁺	7 745 ⁺	8 019 ^e	.	.	.	7 304 ^e	.	.	
Preise											
Preisindexziffern im Bundesgebiet											
Einkaufspreise für Auslandsgüter	1962=100	.	108,2	108,4	108,0	107,0	104,9	105,7	105,8	...	
Verkaufspreise für Ausfuhrgüter	1962=100	.	107,0	107,6	107,8	107,3	106,6	106,7	106,7	...	
Preise ausgewählter Grundstoffe	1958=100	100	107,8	108,0	108,1	107,3	p 103,0	p 103,1	p 102,8	...	
Erzeugerpreise											
industrieller Produkte	1962=100	97,2 ^f	105,8 ^g	106,1	106,2	105,8	104,6	104,7	104,7	...	
landwirtschaftlicher Produkte	1961/63=100	97,5 ^f	114,1 ^g	113,7	113,4	111,1	104,9	p 105,6	p 102,6	...	
Preisindex für Wohngebäude											
Bauleistungen am Gebäude	1962=100	75,8	118,5	.	.	119,2	116,0	
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex)											
Einzelhandelspreise	1962/63=100 ^h	90,8 ^f	107,7 ^g	109,5	109,2	109,5	109,7	109,5	107,5	...	
Preisindex für die Lebenshaltung ¹⁸⁾	1958=100	100	119	119	119	119	120	120	120	...	
Preisindex für die Lebenshaltung ¹⁸⁾	1962=100	92,7	112,8	113,3	113,3	112,8	114,8	115,0	115,1	114,4	
darunter											
Nahrungs- und Genußmittel		.	112,0	113,5	112,8	111,3	113,4	113,7	113,7	...	
Kleidung, Schuhe		.	110,5	110,3	110,4	110,6	112,2	112,1	112,1	...	
Wohnungsmieten		.	129,7	129,2	130,5	130,7	137,8	138,2	138,8	...	
Elektrizität, Gas, Brennstoffe		.	107,5	106,1	106,5	106,8	106,1	106,5	107,7	...	
Übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung		.	108,3	108,3	108,4	108,6	108,4	108,3	108,2	...	
Löhne und Gehälter¹⁹⁾											
Arbeiter in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau											
							<u>April</u>				
Bruttowochenverdienste											
*männlich	DM	117	221	.	225	.	222	
darunter Facharbeiter	DM	124	234	.	238	.	233	
*weiblich	DM	68	135	.	137	.	134	
Bruttostundenverdienste											
*männlich	DM	2,44	4,85	.	4,91	.	5,00	
darunter Facharbeiter	DM	2,59	5,16	.	5,22	.	5,27	
*weiblich	DM	1,53	3,25	.	3,29	.	3,37	
Bezahlte Wochenarbeitszeit											
*männlich	Std.	47,9	45,6	.	45,8	.	44,3	
*weiblich	Std.	44,2	41,5	.	41,6	.	39,7	
Geleistete Wochenarbeitszeit											
*männlich	Std.	44,5	41,9	.	39,3	.	42,8	
*weiblich	Std.	41,4	37,5	.	32,0	.	38,6	
Angestellte, Bruttomonatsverdienste											
in der Industrie einschl. Hoch- und Tiefbau											
kaufmännische Angestellte											
*männlich	DM	588	1 101	.	1 102	.	1 152	
*weiblich	DM	382	717	.	720	.	748	
technische Angestellte											
*männlich	DM	697	1 216	.	1 229	.	1 241	
*weiblich	DM	403	741	.	740	.	768	
in Handel, Kredit und Versicherungen											
kaufmännische Angestellte											
*männlich	DM	540	969	.	972	.	991	
*weiblich	DM	331	603	.	602	.	614	
technische Angestellte											
männlich	DM	497	1 114	.	1 113	.	1 109	
weiblich	DM	(259)	(744)	
in Industrie und Handel zusammen											
kaufmännische Angestellte											
*männlich	DM	554	1 010	.	1 012	.	1 040	
*weiblich	DM	347	636	.	635	.	652	
technische Angestellte											
*männlich	DM	685	1 208	.	1 221	.	1 231	
*weiblich	DM	391	741	.	740	.	769	

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

+) = Vierteljahresdurchschnitt

17) einschl. Steuern der Kreise 18) 4-Personen-Arbeitnehmer-Haushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushalts-

vorstandes; Lebenshaltungsausgaben von rund 750 DM monatlich nach den Verhältnissen von 1962 19) Effektivverdienste; ab

1964 neuer Berichtsfirmenkreis, daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar e) 1.4. - 30.6. f) Wirtschaftsjahr 1958/59

(Juli-Juni) g) Wirtschaftsjahr 1965/66 (Juli-Juni) h) Umbasierung der Originalreihe 1950 = 100

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen ¹⁾				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	Zum Bau genehmigte Wohnungen in 1 000	Fertiggestellte Wohnungen		Bestand an Wohnungen in 1 000	insgesamt	in EWG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerbl. Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		insgesamt in 1 000	im sozialen Wohnungsbau in %						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	Auslandsgäste
	Mill. DM								in 1 000			
1958	23	16	55	623	812	131	371	751	1 329	181	8 127	402
1963	27	23	51	739	1 151	239	500	1 083	1 787	212	11 421	435
1964	28	27	55	767	1 153	266	481	1 061	1 855	216	12 259	438
1965	28	27	51	794	1 360	309	527	1 214	1 912	229	12 828	453
1966	25	26	47	820	1 645	350	665	1 517	1 956	229	13 684	459

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen am 31. 12. in Mill. DM	Sozialhilfe			Kriegsopferfürsorge	
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt			Aufwand in Mill. DM
										Aufwand in Mill. DM	Aufwand in Mill. DM		
	in 1 000												
1958	246	69	113	28	11 011	477	13 562	1 054	71,2	.	.	8,9	
1963	419	39	228	34	12 589	601	16 433	2 360	85,4	38,5	42,8	11,9	
1964	458	30	331	36	13 032	694	17 382	2 729	88,5	37,3	38,4	11,5	
1965	498	23	374	37	12 528	667	16 840	3 178	94,6	36,9	36,2	12,5	
1966	543	18	421	38	13 379	718	18 019	3 668	104,5	38,7	...	14,1	

Jahr	Steuereinnahmen							Steuern vom Einkommen ⁴⁾		Neuverschuldung ⁵⁾		
	des Bundes			des Landes		der Gemeinden				des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
	insgesamt	Umsatz-steuer	Ver-brauch-steuern	insgesamt	aus Steuern vom Ein-kommen	insgesamt	Gewerbe-steuer	insgesamt	Lohn-steuer		insgesamt	Kredit-markt-mittel
	Mill. DM											
1958	1 107	353	487	375	284	236	140	437	178	1 186	430	215 ^a
1963	1 635	523	632	791	626	380	267	1 009	432	1 546	940	633 ^b
1964	1 738	584	632	856	670	406	287	1 098	491	1 619	1 089	756 ^b
1965	1 858	638	664	917	711	420	303	1 165	524	1 803	1 240	888 ^b
1966	1 911	680	646	982	759	441	314	1 245	598	1 950	1 323	971 ^b

Jahr	Preisindices					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise		für Wohn-gebäude (Baulei-stungen am Gebäude) 1962 = 100	für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1962=100		Industriearbeiter ⁸⁾		Angest. in Industrie ⁸⁾ u. Handel		öffentlicher Dienst		
	indu-strieller Produkte	landwirt-schaftlicher Produkte ⁷⁾		insgesamt	Nah-rungs-und Genuß-mittel	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ⁹⁾		
	1962=100	1961/63 = 100	Kaufmännische Angestellte					Techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspek-tor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)		
	DM											
1958	97,2	97,5	75,8	92,7	.	117	68	554	347	685	861	557
1963	100,5	103,5	105,2	103,0	102,9	172	106	806	505	963	1 077	749
1964	101,6	107,2	110,0	105,4	105,0	187	113	865	536	1 048	1 165	783
1965	104,0	114,1	114,6	109,0	109,0	211	125	934	588	1 138	1 165	824
1966	105,8	118,5	112,8	112,0	221	135	1 010	636	1 208	1 248	862

1) nur Neu- und Wiederaufbau einschl. Umbau ganzer Gebäude
 2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres)
 3) einschl. Kombinationskraftwagen
 4) Lohn-, veranlagte Einkommen- und Körperschaftsteuer sowie nicht veranlagte Steuer vom Ertrag; in den Spalten der Landes- und Bundessteuern enthalten
 5) ohne Kassenkredite
 6) 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalte mit mittlerem Einkommen des alleinverdienenden Haushaltsvorstandes
 7) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni
 8) einschl. Hoch- und Tiefbau
 9) Endgehalt, Ortsklasse A. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind
 a) Stand 31. 3.
 b) Stand 31. 12.

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30.6.67			Bevölkerungsveränderung im Juni 1967			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im August 1967		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Geburtenüberschuß	Wanderungsgewinn oder -verlust (-)	Bevölkerungszunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vor-monat	Vor-jahres-monat 1)						
in %									
FLENSBURG	96 369	- 0,2	- 0,2	78	- 231	- 153	41	1	48
KIEL	269 873	+ 0,1	- 0,2	117	62	179	113	1	152
LÜBECK	242 738	+ 0,1	+ 0,4	155	- 13	142	120	1	158
NEUMÜNSTER	73 485	- 0,1	- 1,0	49	- 137	- 88	46	-	61
Eckernförde	71 839	+ 0,2	+ 1,5	42	108	150	37	4	46
Eiderstedt	19 780	+ 0,2	+ 0,4	15	27	42	13	-	21
Eutin	95 022	+ 0,3	+ 1,1	51	260	311	64	4	90
Flensburg-Land	71 628	+ 0,2	+ 1,6	72	69	141	37	3	61
Hzgt. Lauenburg	140 383	+ 0,1	+ 1,0	70	91	161	68	2	100
Husum	65 812	+ 0,0	+ 0,8	66	- 50	16	41	1	62
Norderdithmarschen	60 744	+ 0,3	+ 1,5	56	111	167	35	-	46
Oldenburg (Holstein)	86 358	+ 0,7	+ 1,2	30	536	566	80	2	143
Pinneberg	258 041	+ 0,1	+ 2,4	204	161	365	91	7	107
Plön	117 198	+ 0,1	+ 1,1	65	8	73	65	8	114
Rendsburg	164 770	+ 0,0	+ 0,4	109	- 80	29	90	8	135
Schleswig	100 304	+ 0,0	+ 1,3	36	- 26	10	52	7	73
Segeberg	109 715	+ 0,3	+ 2,9	85	248	333	74	6	98
Steinburg	127 894	+ 0,0	+ 1,1	27	-	27	67	5	100
Stormarn	172 244	+ 0,3	+ 3,8	144	406	550	93	7	115
Süderdithmarschen	73 650	- 0,0	+ 0,1	27	- 23	4	31	4	59
Südtondern	71 024	+ 0,8	+ 2,4	70	514	584	57	1	81
Schleswig-Holstein	2 488 871	+ 0,1	+ 1,2	1 568	2 041	3 609	1 315	72	1 870

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾						Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1967		
	Betriebe am 31.7.1967	Beschäftigte		Umsatz im Juli 1967 in Mill. DM	Kohleverbrauch im Juli 1967 in t SKE	Heizölverbrauch in t	insgesamt	Pkw ⁵⁾	
		Anzahl am 31.7.1967	je 1 000 Einw. am 30.6.1967					Anzahl	je 1 000 Einw.
FLENSBURG	65	6 242	67	29,7	20	2 627	18 729	16 419	170
KIEL	170	31 030	114	88,4	286	1 360	53 582	46 861	174
LÜBECK	154	32 103	132	111,4	23 692	3 926	44 723	38 170	157
NEUMÜNSTER	59	9 654	132	26,2	337	605	14 811	12 778	173
Eckernförde	38	1 710	24	6,9	10	478	16 887	12 434	175
Eiderstedt	9	432	22	3,0	-	45	4 908	3 587	182
Eutin	48	3 680	39	15,7	337	479	21 176	16 598	176
Flensburg-Land	32	756	10	3,7	41	234	19 899	14 342	202
Hzgt. Lauenburg	101	8 257	59	31,6	312	1 500	32 002	24 638	177
Husum	22	1 233	19	7,7	2	103	16 724	12 017	183
Norderdithmarschen	34	1 368	23	3,6	42	252	14 694	10 654	177
Oldenburg (Holstein)	30	1 551	18	9,5	503	767	19 295	13 906	163
Pinneberg	259	22 863	89	117,8	468	7 352	54 970	45 847	180
Plön	54	2 600	22	13,5	164	627	27 532	20 596	177
Rendsburg	103	8 853	54	32,7	1 103	1 984	38 884	29 071	177
Schleswig	43	3 417	34	35,0	323	1 596	25 163	18 401	185
Segeberg	91	5 473	50	26,1	87	1 686	29 084	21 175	196
Steinburg	94	10 086	79	49,9	12 573	17 001	28 568	21 496	169
Stormarn	134	13 691	80	122,2	330	1 928	38 599	31 547	186
Süderdithmarschen	37	4 253	57	43,1	1 053	23 083	17 909	12 901	175
Südtondern	13	941	13	5,8	-	95	17 122	12 567	182
Schleswig-Holstein	1 590	170 193	68	783,3	41 683	67 728	555 261	436 005	176

1) nach dem Gebietsstand vom 30.6.1967

2) einschl. der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten (monatliche Industrieberichterstattung)

4) einschl. Verbrauchsteuern sowie

Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz an Handelswaren

5) einschl. Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 98 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 u. 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 31. 3. 1967			Offene Stellen am 31. 7. 1967 in 1 000	Beschäftigte ausländische Arbeitnehmer am 30. 6. 1967 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Juli 1967			*Viehbestände		
	in 1 000	Veränderung gegenüber				1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3. 6. 1967	Rindvieh am 3. 6. 1967	
		VZ 1939	Vorjahresquartal							insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %									
Schleswig-Holstein	2 478	+ 56	+ 1,3	11	14	199	92,9	12,5	1 731	1 500	501
Hamburg	1 844	+ 8	- 0,4	15	25	2	86,9	11,2	25	19	7
Niedersachsen	6 973	+ 54	+ 0,5	29	55	424	88,3	13,2	5 025	2 946	1 035
Bremen	750	+ 33	+ 0,7	5	7	2	74,4	12,8	11	20	5
Nordrhein-Westfalen	16 835	+ 41	+ 0,3	94	311	294	92,2	11,9	3 283	1 984	783
Hessen	5 244	+ 51	+ 0,9	33	121	131	81,9	11,0	1 328	948	384
Rheinland-Pfalz	3 616	+ 22	+ 0,6	12	34	93	77,2	10,1	777	786	303
Baden-Württemberg	8 537	+ 56	+ 0,7	62	276	240	74,5	9,3	1 956	1 891	823
Bayern	10 231	+ 44	+ 0,9	54	152	607	75,7	10,0	3 975	4 348	1 989
Saarland	1 132	+ 24	+ 0,2	3	16	11	77,5	11,0	70	74	31
Berlin (West)	2 178	- 21	- 0,7	17	15	1	8,1	14,8	-	-	-
Bundesgebiet	59 818	+ 39	+ 0,5	337	1 024	2 002	82,8	11,0	18 181^a	14 517^a	5 862^a

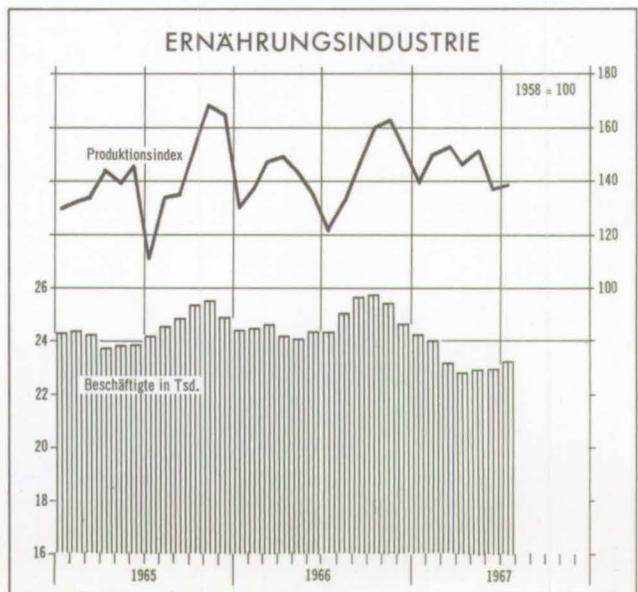
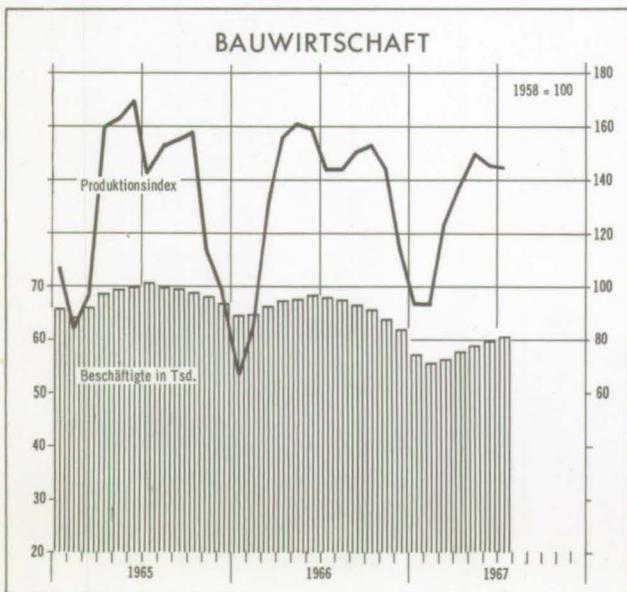
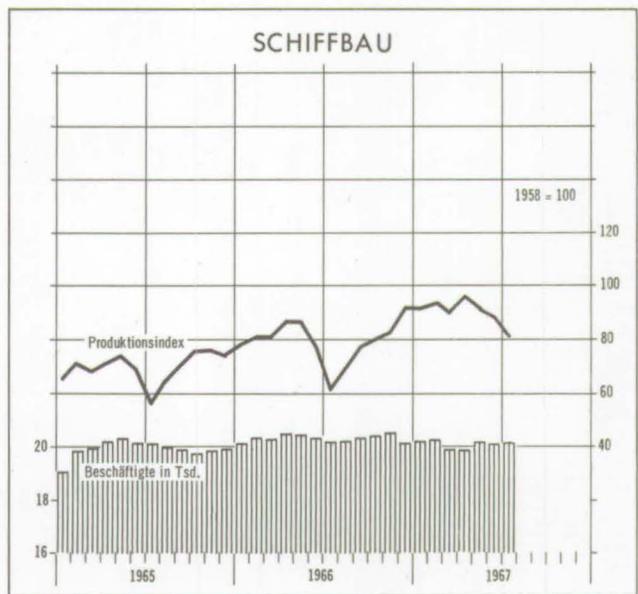
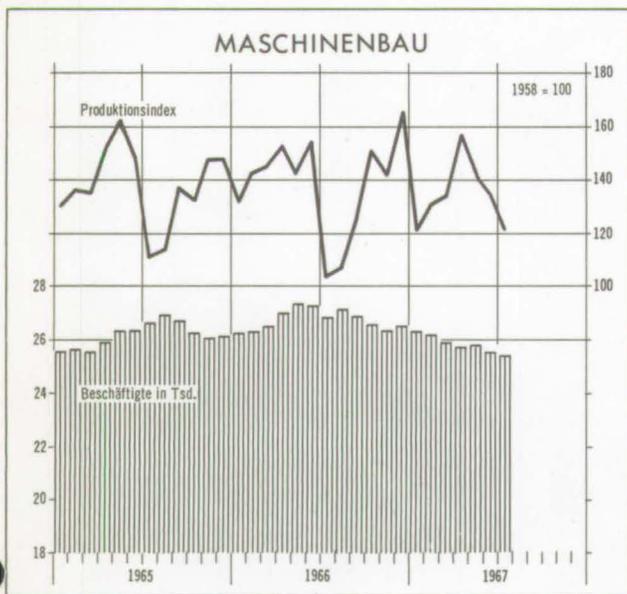
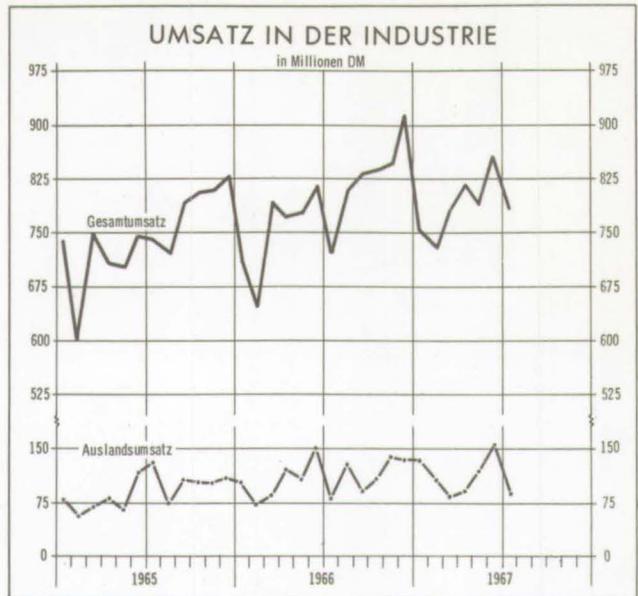
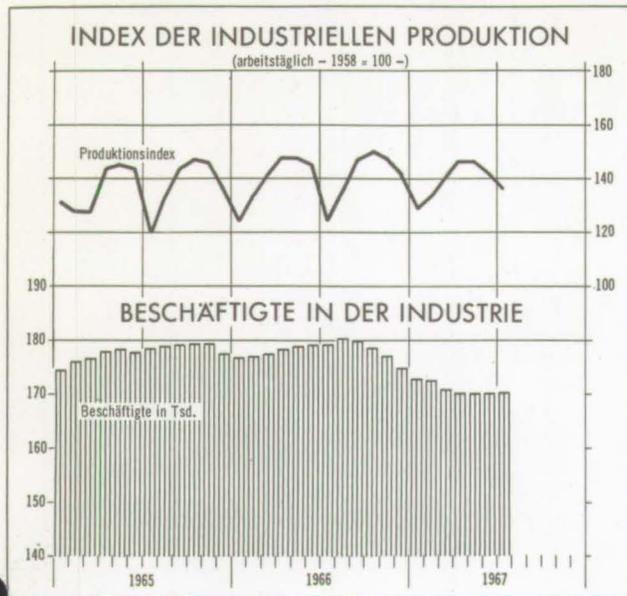
Land	Industrie ¹⁾					Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Juni 1967			
	Beschäftigte		Umsatz im Mai 1967		Produktionsindex ²⁾ im Mai 1967	Beschäftigte am 31. Mai 1967		Zum Bau genehmigte Wohnungen		Fertiggestellte Wohnungen	
	in 1 000 am 31. 5. 1967	je 1 000 Einw. am 31. 5. 1967	Mill. DM	Auslandsumsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.	Anzahl	je 10 000 Einw.
Schleswig-Holstein	170	69	790	15,1	146	59	24	2 803	11,3	1 401	5,7
Hamburg	203	110	1 297	11,3	.	43	23	1 365	7,4	1 298	7,0
Niedersachsen	710	101	2 929	20,4	.	170	24	5 745	8,2	3 478	5,0
Bremen	93	125	530	20,0	.	20	27	918	12,2	659	8,8
Nordrhein-Westfalen	2 546	153	10 166	19,4	.	372	22	11 881	7,1	8 924	5,3
Hessen	672	130	2 426	22,0	172	138	26	4 922	9,4	5 022	9,6
Rheinland-Pfalz	363	101	1 569	21,5	230	84	23	3 397	9,4	1 683	4,7
Baden-Württemberg	1 418	168	4 865	20,0	156	216	25	7 872	9,2	5 032	5,9
Bayern	1 241	123	4 058	16,5	.	273	27	9 083	8,9	5 060	4,9
Saarland	154	138	430	33,2	.	23	20	564	5,0	415	3,7
Berlin (West)	256	119	935	12,5	.	46	21	603	2,8	984	4,5
Bundesgebiet	7 827	132	29 994	19,1	156	1 442	24	49 153	8,2	33 956	5,7

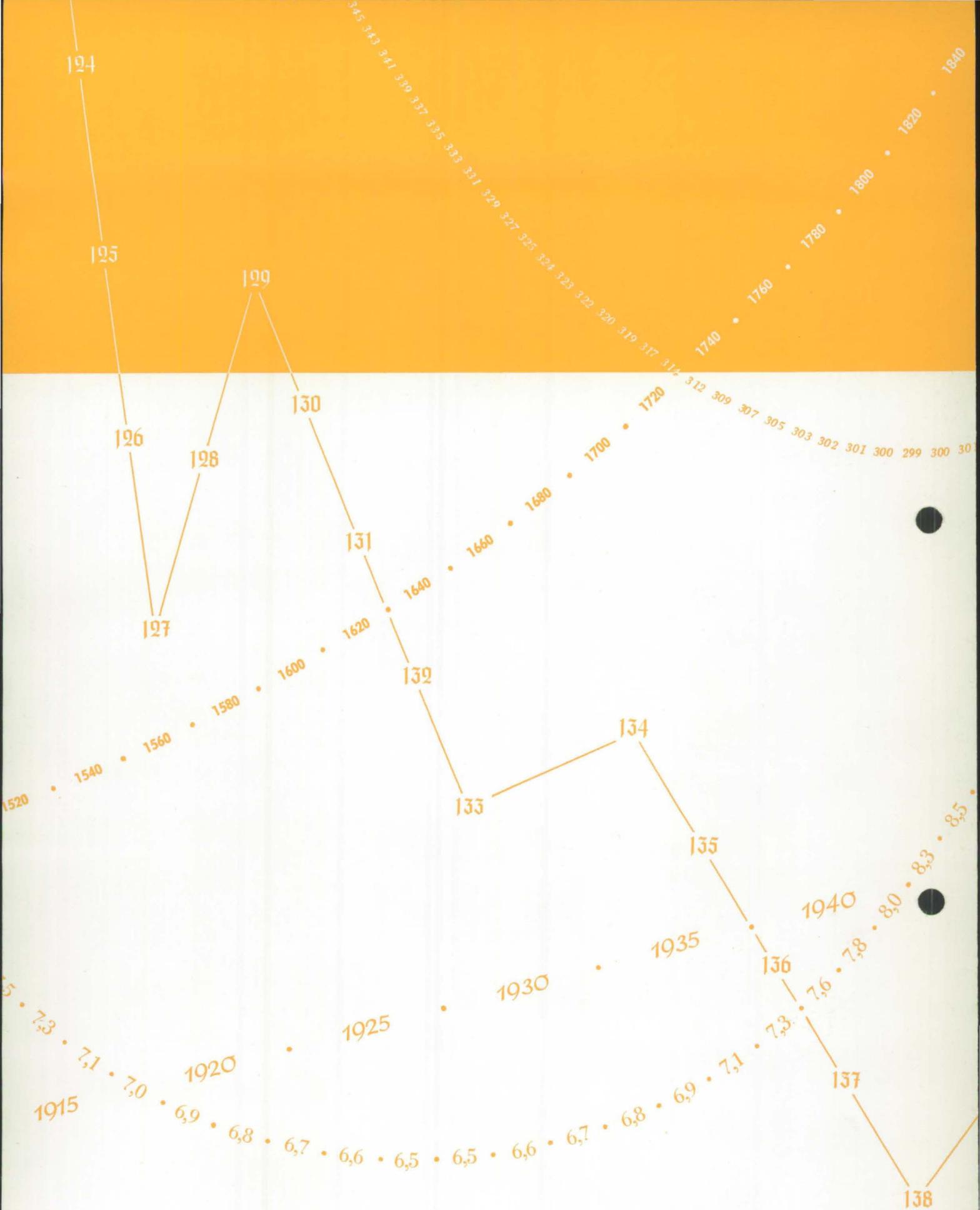
Land	*Kfz-Bestand ³⁾ am 1. 7. 1967			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Juni 1967				Bestand an Spareinlagen ⁷⁾ am 30. 6. 1967 in DM je Einw.	Steueraufkommen im 2. Vj. 1967				
	insgesamt	Pkw ⁴⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verunglückte je 100 Unfälle		Landes- ⁸⁾	Bundes- ⁸⁾	Gemeinde-		
		Anzahl	je 1 000 Einw. ⁵⁾					steuern in DM je Einw.					
		in 1 000											
Schleswig-Holstein	543	421	171	1 354	59	1 850	141	1 555	100	192	...		
Hamburg	402	354	191	899	18	1 145	129	2 925	280	1 096	...		
Niedersachsen	1 551	1 186	171	3 486	197	4 765	142	1 913	100	173	...		
Bremen	147	126	169	324	7	367	115	2 218	182	564	...		
Nordrhein-Westfalen	3 361	2 799	167	8 372	405	11 297	140	2 259	146	243	...		
Hessen	1 217	965	185	2 611	94	3 718	146	2 267	175	210	...		
Rheinland-Pfalz	807	601	167	1 830	88	2 604	147	1 873	115	183	...		
Baden-Württemberg	2 013	1 551	182	3 988	209	5 742	149	2 259	161	222	...		
Bayern	2 476	1 783	175	5 207	283	7 322	146	2 153	133	185	...		
Saarland	213	171	151	446	20	608	141	1 701	85	136	...		
Berlin (West)	367	323	147	1 020	17	1 291	128	1 639	88	416	...		
Bundesgebiet	13 096	10 280	172	29 537	1 397	40 709	143	2 136	141	248	...		

*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Ergebnisse der Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Energiebetriebe und Bauwirtschaft
 2) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt 3) ohne Bundespost und Bundesbahn, einschl. der stillgelegten Fahrzeuge 4) einschl. Kombinationskraftwagen 5) vorläufige Zahlen 6) vorläufige Zahlen (außer Schleswig-Holstein) 7) ohne Postspareinlagen 8) Einkommensteuern jeweils anteilig enthalten
 a) ohne Berlin

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die "Wirtschaftskurven" A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuß, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.





Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach; Mühlenweg 166; Fernruf: 4 36 02

Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya

Druck: Offsetdruck Graphische Werke Germania-Druckerei KG, Kiel

Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM

— Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet —

Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen